



JUNGE EDU

Bericht über das erste JEDU-Weekend und Infos zu allen Mitmach-Möglichkeiten.

Seiten 7&9

CORONA-AUFARBEITUNG

Auftakt zu einer neuen «Standpunkt»-Serie.

Seiten 10 & 11

KANTON ZÜRICH

«My Body, my Choice» oder «Ja zu körperlicher Unversehrtheit» Nach der Wahl ist vor der Wahl: Jetzt ist die Zeit!

KANTONALTEIL

Laufende Unterschriftensammlungen

Die EDU Schweiz empfiehlt Ihnen, folgende Initiativen zu unterschreiben:

«Wer mit Bargeld bezahlen will, muss mit Bargeld bezahlen können (Ich zahle bar!)»

Mit konkreten Massnahmen die schleichende Abschaffung des Bargelds verhindern - das bezweckt die Bargeldinitiative II. Ablauf der Sammelfrist: 21.09.2024

Weitere Infos: www.ichzahlebar.ch

«Für den wirksamen Schutz der verfassungsmässigen Rechte (Souveränitätsinitiative)»

Souveränität der Schweiz und Grundrechte des Volkes stärken. Ablauf der Sammelfrist: 17.04.2025

⇒ Weitere Infos: www.grundrechte-ja.ch

Volksinitiative «Zum Schutz von Mensch, Haus- und Nutztier vor dem Wolf»

Auf dem Gebiet des Schweizerischen Nationalparks soll der Wolf den Status einer geschützten Art erhalten. Im übrigen Gebiet der Schweiz sollen Wölfe als ganzjährig jagdbare Art gelten. Ablauf der Sammelfrist: 2.11.2024 ⇒ Weitere Infos: www.wolfsinitiative.ch

Eidg. Volksabstimmungen vom 9. Juni 2024

Parolen der EDU Schweiz



Nein

zur Volksinitiative vom 23. Januar 2020 «Maximal 10% des Einkommens für die Krankenkassenprämien (Prämien-Entlastungs-Initiative)»



zur Volksinitiative vom 10. März 2020 «Für tiefere Prämien - Kostenbremse im Gesundheitswesen (Kostenbremse-Initiative)»



zur Volksinitiative vom 16. Dezember 2021 «Für Freiheit und körperliche **Unversehrtheit»**



zum Bundesgesetz vom 29. September 2023 über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien (Änderung des Energiegesetzes und des Stromversorgungsgesetzes)

Testament / Legate: Auch an die EDU denken!

Möchten Sie über Ihr irdisches Leben hinaus Gutes tun? Dann berücksichtigen Sie die EDU in Ihrem Testament oder mit einem Legat. Jede Gabe stärkt das Fortbestehen und werte-orientierte Engagement der EDU.

Die EDU betrachtet Gottes Wort als Massstab für ihr Reden und Handeln: eine solide, bewährte Grundlage, auf die eine intakte Gesellschaft bauen kann. Dafür übernehmen wir Verantwortung und erheben unsere Stimme. Damit wir auch in Zukunft «Licht für die Welt» sein können, sind wir als Partei auch auf Spenden und Zuwendungen aller Art angewiesen. Dürfen wir Sie ausführlicher dokumentieren, wie Sie uns bei Legaten und Testamenten berücksichtigen können?

EDU Schweiz, info@edu-schweiz.ch, Tel. 033 222 36 37

Wort des Monats

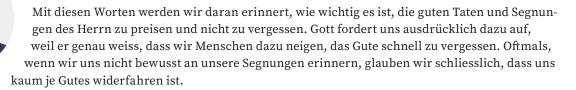
«DIE MENSCHEN WISSEN NICHT, WIE SCHWER ES IST, DIE WAHRHEIT ZU SAGEN, IN EINER WELT VOLLER MENSCHEN, DIE NICHT WISSEN, DASS SIE IN EINER LÜGE LEBEN.»

Edward Snowden, US-amerikanischer Whistleblower

Motivation durch Rückblick

Liebe Leserinnen und Leser

«Lobe den HERRN, meine Seele, und vergiss nicht, was er dir Gutes getan hat.» (Psalm 103,2)



Ich bin überzeugt, dass diese Aufforderung nicht nur für unseren Glauben, sondern auch für unser Miteinander in der EDU von grosser Bedeutung ist. In unserer politischen Arbeit gibt es Höhepunkte und Erfolge, die es wert sind, immer wieder ins Gedächtnis gerufen zu werden. Sie sind nicht nur ein Beweis für Gottes Wirken in und durch die EDU, sondern dienen auch als Quelle der Motivation und Inspiration – sowohl für uns selbst als auch für diejenigen, die uns unterstützen. Die Bibel zeigt uns zahlreiche Beispiele, wie das Erinnern an vergangene Taten Gottes das Volk Israel immer wieder gestärkt und ermutigt hat.

Ein herausragendes Beispiel ist das Passahfest. Jedes Jahr erinnern sich die Juden an den Auszug aus Ägypten – ein Wunder, das nicht nur einmal, sondern immer wieder erzählt und gefeiert wird. Diese jährliche Erinnerung stärkt den Glauben und das Zusammengehörigkeitsgefühl des Volkes. Ebenso sollten auch wir uns nicht scheuen, unsere politischen Erfolge in Dankbarkeit vor Gott zu feiern und zu teilen, um daraus Kraft zu schöpfen.

Ein weiteres Beispiel finden wir im Neuen Testament mit dem Abendmahl. Und es gibt noch viele weitere. Vor diesem Hintergrund ermutige ich uns, auch eine EDU-Erinnerungskultur zu pflegen. PowerPoint-Slides mit Highlights darf man durchaus mehrmals zeigen – nicht bloss als Blick zurück, sondern auch als Wegweiser für die Zukunft und Quelle der Ermutigung und des Ansporns.

Erich Vontobel, Nationalrat EDU ZH

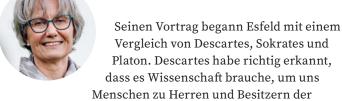
Monats-Karikatur: Sie schreiben, was sie hören wollen...



Was bedingt objektive Wissenschaft?

Am WHO-Symposium in Zürich vom 20. April 2024 sprach unter anderem Prof. Dr. Michael Esfeld. Der Philosoph lehrt an der Universität Lausanne und ist Mitglied des Netzwerks für Wissenschaftsfreiheit, einer Vereinigung von Akademikern, die sich für ein liberales akademisches Klima einsetzen. Er setzt sich für die Freiheit der Forschung und Lehre ein, die ohne Einschränkungen aus ideologischen Motiven auskommt.

Lisa Leisi, Präsidentin EDU Kanton St. Gallen



Natur zu machen (im guten Sinn). Sokrates war bekannt dafür, dass er kritisch nachfragte, ein mündiger Bürger war, selber denken und zu Entscheidungen finden wollte. Platon hingegen war der Meinung, dass man mit der richtigen Ausbildung moralisch nicht fehlgehen und der Staat dann alles bestimmen könne.

Objektivität und Skepsis sind das A und O

Nach Esfeld liegen die Erfolge der Wissenschaft in der «sokratischen Haltung» begründet: «Der einzige Weg, Wissen zu erlangen, ist kritisches Nachfragen, Skepsis, kritisches Nachprüfen, also die Methode, diszipliniert Wissensansprüche zu hinterfragen.» Wer sage, die Wissenschaft hat gesprochen, verhindere neue Entwicklungen. Wer sage: «Folge der Wissenschaft», habe von Wissenschaft prinzipiell nichts verstanden. Objektivität und Skepsis sind nach Esfeld das A und O. Bei subjektiven Dingen, wie dem Denken und Handeln, dürfe die Wissenschaft hingegen prinzipiell nichts sagen. Die platonische Versuchung sei, mittels Wissenschaft die Gesellschaft entsprechend zu steuern. Wenn man jedoch meine, abschliessend das Gute zu wissen, wirke Wissenschaft abtötend, weil man dann nicht mehr kritisch sein könne. Dies geschehe gegenwärtig etwa bei Klimafragen, Kriegen und Gesundheitsthemen.



Verhängnisvolle Beeinflussungen

Eigentlich funktioniere Wissenschaft – sich selbst überlassen – ganz gut. Wenn jedoch Interessen von aussen hineinkommen, werde es gefährlich. Apparate und Institutionen wollten nun Menschen auch vor Viren, schlechtem Wetter und falschen Meinungen schützen. Staaten laden nun Unternehmer ein. Es sei ein Geschäftsmodell, die Leute zu überzeugen, etwa von guten Impfstoffen. Falls etwas schief geht, solle die Politik Unternehmen vor Haftung schützen und Verträge geheim halten, weil diese verstörend sein könnten. Dies sei auf die Spitze getriebener Staatskapitalismus. Das eigentliche Problem liege am Machtkonglomerat von Staat und staatsabhängigen Unternehmen. Die Wissenschaft bekomme Geld mit dem Auftrag, den Klimawandel oder etwas anderes [«mit dem richtigen Ergebnis», Anm. der Verfasserin] zu erforschen. Dagegen komme man innerwissenschaftlich nicht an.

Politische Mündigkeit wichtig

Es brauche deshalb den Mut der Zivilgesellschaft: Es brauche Urteilskraft. Wer sagt, «hört auf die Wissenschaft», dürfe nicht ernst genommen werden. Es brauche auch Staatsskepsis. Es gebe nicht die gute Machtkonzentration, die es gut mit einem meine. Es brauche die politische Mündigkeit, eben die Skepsis. Es brauche keinen Staat, der über die Gesundheit irgendwelche Vorschriften mache. Gesundheit sei nicht etwas Messbares, Objektivierbares. Diese sei von unserer subjektiven Einstellung/Wahrnehmung abhängig: was will ich in meinem Leben, was sind die Ziele in meinem Leben, was sind die Werte, welche Präferenzen, welche Risiken habe ich etc. Das sei subjektiv und die Naturwissenschaft könne dazu nichts sagen. Sie kann Orientierung und Informationen geben, aber sie könne nicht definieren, was für mich gesund ist. Deshalb sei der ganze staatliche Eingriff falsch, um Gesundheit zu regulieren. Wenn der Bundesrat definieren müsse, was gesund sei, was eine medizinische Behandlung sei und was nicht, sei er damit überfordert. Dann sage er, das sollen Experten definieren, am besten weltweit: dann komme die WHO zum Zug. Das Problem sei, dass wir diesen Wohlfahrtsstaat haben, der uns entmündige und meine, für uns Gesundheitsentscheidungen treffen zu können. Wir brauchten den Mut, den eigenen Verstand zu gebrauchen.

Neue Spendenmöglichkeiten der EDU Schweiz

Als politische Partei finanziert sich die EDU Schweiz über Mitgliederbeiträge (ca. 5%), Inserate (11%), Abonnemente (20%), vor allem aber über Spenden (51%). Wir danken an dieser Stelle allen, die in irgendeiner Form dazu beigetragen haben, dass die EDU Schweiz ihre politische Verantwortung wahrnehmen kann.

Spenden mit WIR

Die Entwicklungen der letzten Jahre in der Finanzwelt haben dazu geführt, dass immer mehr Menschen nach Alternativen zum herkömmlichen Finanzsystem suchen. Seit vielen Jahren nimmt die EDU Schweiz Spenden in WIR (Wirtschaftsring-Genossenschaft) entgegen, einer Komplementärwährung, die 1934 im Zuge der Weltwirtschaftskrise entstanden ist.

Spenden mit Silbergranulat

Aufgrund der extremen Verschuldung und der starken Ausweitung der Geldmenge seit der Weltwirtschaftskrise 2008 suchten immer mehr Menschen nach alternativen Wertanlagen. Silber (wie Gold und andere Edelmetalle) stiess in den letzten Jahren auf wachsendes Interesse, insbesondere auch bei Mitgliedern und Sympathisanten der EDU. Der Silberpreis widerspiegelt dieses wachsende Interesse, ist er doch in den letzten fünf Jahren von 15 auf 29 Franken pro Unze gestiegen. Seit über zwei Jahren besteht die Möglichkeit, der EDU Schweiz in Form von Silbergranulat zu spenden. Wer ein «S-Deposito» bei BB Wertmetall hat, kann ganz einfach einen Zahlungsauftrag auf das Konto CH6947888 erteilen und der EDU Schweiz Silber spenden.

EDUTIOF Eidgenössisch-Demokratische Union Bitcoin Blockchain Adresse bc1qz56p2936cqfyuacarxl8tk3clle6uhmatnzqnp Empfohlener Betrag 600 CHF (0,01 BTC) und mehr Bitcoin Lightning Adresse edu-schweiz@walletofsatoshi.com Empfohlener Betrag: 1 CHF - 600 CHF (bis 0,01 BTC)

Der QR-Code kann mit einer Bitcoin Wallet (wie z. B. Wallet of Satoshi, Relai oder BitBox) gescannt werden.

Spenden mit Bitcoin

Auf stark wachsendes Interesse stösst auch die erste Geldform, die gleichzeitig knapp, elektronisch und dezentral ist: Bitcoin. Gerade der dezentrale Aspekt macht Bitcoin zu einer freiheitlichen Alternative in einer Zeit, die zunehmend von Überwachung und Einschränkung politisch missliebiger Organisationen geprägt ist (vgl. den Hintergrundbericht im EDU-«Standpunkt» 9/2023, «Finanzielle Repressionen nehmen zu»). Bitcoin ist - falls richtig verwaltet - nicht konfiszierbar und es ist nicht möglich, jemanden daran zu hindern, eine Bitcoin-Transaktion durchzuführen. Die Geschäftsleitung der EDU Schweiz hat deshalb beschlossen, neu auch Spenden in Bitcoin entgegenzunehmen. Da sowohl Silber als auch Bitcoin grösseren Preisschwankungen unterliegen können, werden diese Spenden als langfristige Reserve gehalten.

Eine weitere Möglichkeit, die politische Arbeit der EDU über das eigene Leben hinaus zu unterstützen, ist ein Legat. Bei Interesse nehmen Sie bitte mit dem Sekretariat der EDU Schweiz Kontakt auf.

Geschäftsleitung der EDU Schweiz

Informationen zu sämtlichen Spendenmöglichkeiten (auch via Twint, PayPal oder Kreditkarte) finden sich auf www.edu-schweiz.ch/spenden.

Die EDU Schweiz bedankt sich bei allen Spenderinnen und Spendern herzlich für ihre Treue und das Mittragen unserer Tätigkeiten. Vergelt's Gott!

QR-Code für Twint-Spenden:



Wichtige und gesellige Finanzklausur

Am 3. und 4. Mai traf sich die SVP-Delegation der nationalrätlichen Finanzkommission im Berggasthof Rossberg in Oberwil im Simmental zu einem Finanzseminar. Organisiert wurde dieser Anlass von EDU-Nationalrat und «Lokalmatador» Andreas Gafner, der neu auch in Finanzkommission mitarbeitet.

Andreas Gafner, Nationalrat EDU BE

Als kleiner Empfangsgruss genoss die Delegation einen kleinen Apéro in Gafners Küche und liess sich vom Blick von der Schattseite auf die Sonnseite inspirieren. Gemeindepräsident Michael Blatti stellte mit sympathischen Worten die Gemeinde vor und hiess die Politprominenz herzlich willkommen in Oberwil.

Die Herausforderung, den Bundeshaushalt wieder ins Lot zu bringen, ist gross. So befasste sich die Delegation an der Klausur ausführlich mit Lösungsvorschlägen für die Zukunft. Die in letzter Zeit beschlossenen Vorlagen, bei denen keine Gegenfinanzierungen mitgeliefert wurden, die angehäufte Schuldenlast von Corona, die Kosten und Auswirkungen des Ukraine-Konflikts (sei es in der Schweiz oder in der Ukraine mit Wiederaufbau und Minenräumung), aber auch die hohen Kosten der

sozialen Wohlfahrt, die mit Ausgaben von gut 27 Milliarden zu Buche stehen, führen zu immer mehr Staatsausgaben. Die ordentlichen und die ausserordentlichen Mehrausgaben 2023 betragen zusammen gute zwei Milliarden Schweizer Franken. Wir haben also gegenwärtig ein strukturelles Defizit in der Jahresrechnung in Milliardenhöhe. Die Einnahmen der Bundeskasse sind in den letzten Jahren zwar stetig gewachsen, jedoch sind die Ausgaben noch schneller angestiegen.

Am Freitag hielt der Generalsekretär der bernischen Finanzverwaltung, Herr Gerhard Engel, ein Fachreferat zum nationalen Finanzausgleich (NFA). Das Gehörte und Diskutierte reichte in der Folge reichlich aus, den Abend mit guten und heiteren Gesprächen abzurunden. Das Team im Gasthaus Rossberg trug kulinarisch dazu bei, dass die Klausur trotz finanziell nicht rosigen Aussichten positiv in Erinnerung bleiben wird.



V.l.n.r. NR Yvan Pahud (VD), NR Roman Bürgi (SZ), NR Andreas Gafner (BE), NR Jacques Nicolet (VD), NR Sandra Sollberger (BL), NR Lars Guggisberg (BE), NR Thomas Stettler (JU)















Rückblick auf erstes JEDU-Weekend

Am 3. Mai war es endlich so weit: Wir trafen uns zum ersten gemeinsamen Wochenende der Jungen EDU. Nach und nach trudelten die Teilnehmer im Hotel «Guter Hirte» in Huttwil ein und richteten sich in den gemütlichen Zimmern ein.

Carina Burkhalter, Vorstandsmitglied Junge EDU Schweiz

Um 19.30 Uhr trafen wir uns zum gemeinsamen Znacht. Viele sahen sich das erste Mal in Person und so gab es viele spannende Kennenlerngespräche. Viele Mitglieder haben kleine Kinder und so waren nebst 17 Erwachsenen auch sechs Kinder da-

bei. Langsam, aber sicher verabschiedeten sich die Familien ins Bett und irgendwann war auch für die Kinderlosen unter uns Schlafenszeit angesagt.

Nach einem ausgiebigen Frühstück trafen wir uns im Seminarraum zu einem politischen Teil. Zuerst informierte uns unser Präsident Timmy Frischknecht über die Vision sowie Ziele & Strategie der Jungen EDU und über die politische Grosswetterlage. Anschliessend tauschten wir uns in Gruppen über die Weiterentwicklung unserer Partei aus. Dies machten wir anhand der folgenden drei Fragen:

- 1. Wie wollen wir als Jungpartei wachsen?
- 2. Was wollen wir bearbeiten (Themen)?
- 3. Wen wollen wir ansprechen und unterstützen? Der Vorstand erhielt so einige neue Inputs für die Zukunft.

Nach dem Mittagessen machten wir uns zu Fuss auf den Weg auf das Areal des Spycher-Handwerks der Familie Grädel. Hansuli Grädel, Grossrat im Kanton Bern, zeigte uns ihren Betrieb mit Schaukarderei, Laden, Tiere etc. Danach kamen wir in den Genuss eines Kameltrekkings durch den Huttwiler Wald. Zum Schluss stärkten wir uns mit Kaffee, Tee oder Bier und machten uns dann wieder auf den Rückweg zum Hotel.

Beim Abendessen stiess Samuel Kullmann, ebenfalls Berner Grossrat, zu uns. Nachdem die Kinder im Bett waren, trafen wir uns wieder im Seminarraum, um von Samuel etwas über seinen politischen Werdegang sowie seine Kernthemen zu hören. Nach einer regen Austausch- und Diskussionsrunde ging es über in den gemütlichen Teil mit Jassen und guten Gesprächen.

Am Sonntagmorgen genossen wir wiederum ein ausgiebiges Frühstück und machten uns dann zufrieden auf den Heimweg. Es war schön, sich für einmal persönlich zu treffen und wir freuen uns schon aufs nächste Mal.







YouTube-Kanal der Jungen EDU



Mehr zur Jungen EDU sowie den QR-Code, um Mitglied zu werden, finden Sie auf dem Flyer, der dieser «Standpunkt»-Ausgabe beiliegt. Aktuelles finden Sie jeweils unter www.jedu.ch sowie auf unserer Instagram-Seite (junge_edu).

Ja zur Wolfsinitiative

Wolfsangriffe auf Nutz- und Haustiere, seien diese geschützt oder nicht, finden immer wieder statt.

Christian Buchli, Sekretär EDU Kanton GR

Um darauf angemessen reagieren zu können, müssten die getöteten Tiere an Ort und Stelle belassen werden, denn das Raubtier kommt für gewöhnlich bald zurück, um den Rest zu fressen.

So könnten Jäger oder Wildhüter sich bereitmachen und den wiederkehrenden Wolf erlegen. Dies muss das ganze Jahr hindurch und ohne bürokratische Hürden erlaubt sein. Dafür braucht es keine «wolfspsychologischen» Begründungen. Wenn ein Wolf sich menschlichen Siedlungen nähert oder Nutztiere einmal angefallen hat, dann tut er das immer wieder, denn er hat seine Scheu verloren.

Unbefriedigende Situation

Das Parlament hat mittlerweile ein neues Jagdgesetz verabschiedet. Wenn dieses zum Tragen kommt, wird es zwar weniger Wölfe geben. Sind aber die nach Gesetz zu belassenden Rudel angriffig, können sich die Betroffenen nicht nachhaltig wehren. Wolfsabschüsse müssen heute zuerst bürokratisch geprüft und bewilligt werden und können dann allenfalls im Herbst erfolgen. Die Wölfe merken aber schnell, wenn sie bejagt werden. Dadurch wird die Jagd immer schwieriger. Heute ist auch

"ZUM SCHUTZ VON MENSCH, HAUS- UND NUTZTIER VOR DEM WOLF

www.wolfshittlative.ch

Was forden wir?

- Eine Aufhebung des Schutzstatus von Wölfen in der Schweiz. Der Wolf ist nur im Nationalpark geschützt.
- Kein Ausrotten von Wölfen. Aber die Möglichkeiten für angemessene Reaktion bei Angriffen und Bedrohungen durch die Wölfe.
- Unsere Alpen sollen wolfsfrei werden. So wird der Herdenschutz entschärft und die Belastung von Alppersonal und Landwirten verringert.
 Rettenwirtunsere Albwirtscheft

nicht sicher, dass die wirklich an den Angriffen beteiligten Wölfe erwischt werden. Bei Annahme der Initiative hat der Wolf im Nationalpark den Status einer geschützten Art. Wölfe werden somit nicht ausgerottet. Im übrigen Gebiet der Schweiz gelten Wölfe aber als ganzjährig jagdbare Art. Die selbsternannten Wolfskenner haben die gutgläubigen Schweizer lange genug an der Nase herumgeführt. Schluss mit linksgrünen ideologischen Tierversuchen.

Bitte unterschreiben Sie die Volksinitiative und senden Sie den Unterschriftenbogen an das Komitee zurück. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung! www.wolfsinitiative.ch

Zuschrift

«Sorge zu Gottes Schöpfung tragen»

Leserbrief zu «Die CO₂-Story einfach erzählt», erschienen im «Standpunkt», 4/2024.

Dass die EDU eine Partei ist, die immer schon eine kritische Haltung zu global agierenden Institutionen wie UNO, WHO, IPCC etc. eingenommen hat, ist an sich völlig legitim und in gewissem Masse auch gut. Dass man sich deswegen gleich von den Methoden und Erkenntnissen, die der Wissenschaft zugrunde liegen, verabschiedet, scheint mir aber weder hilfreich noch macht es eine (christliche) Partei, die sich «der Wahrheit verpflichtet» fühlt, glaubwürdiger.

Deshalb finde ich es schade, dass es ein so undifferenzierter Artikel ins Parteiblatt schafft. Um den Rahmen eines Leserbriefes nicht zu strapazieren, hier die wichtigsten Punkte.

Nach meinem Kenntnisstand hat IPCC nie behauptet, dass CO₂ die alleinige Ursache für den Klimawandel darstellt; auch der Treibhausgaseffekt resp. dass CO₂ ein Treibhausgas ist, wurde lange bevor es den IPCC (1988) gab, vom Physiker Jean Baptiste Joseph Fourier (1768–1830) bereits im Jahr 1824 nachgewiesen. «So steigt die Temperatur durch das Dazwischentreten der Atmosphäre, weil die Wärme in Form von Licht ungehindert in die Luft eindringt – aber dann daran

gehindert wird, wieder zurückzukehren, nachdem sie in Wärme umgewandelt wurde», schrieb er 1824. Wenn wir nun, basierend auf dieser Erkenntnis, uns ganz nüchtern die Daten ansehen, über welchen Zeitraum welche Menge CO₂ (mitunter auch menschgemachtes) in die Atmosphäre abgegeben wurde, ist es halt einfach so, dass eine Korrelation zum weltweiten Temperaturanstieg nicht völlig in Abrede gestellt werden kann (über den Anteil an menschgemachtem CO2 Ausstoss gibt es genügend Zahlenmaterial).

Hanspeter Fässler, Bäretswil

Unterstützen Sie den Aufbau der Jungen EDU!

Die Junge EDU vereinigt junge Leute, welche für christliche Werte in der Politik stehen und sich für Land und Gesellschaft engagieren. Unsere Bitte an die Leserinnen und Leser des «Standpunkts»: Machen Sie die Jungen aus Ihrem Umfeld auf die Junge EDU aufmerksam!

Variante 1: Registrierung eines neuen Mitgliedes bei der Jungen EDU über die Website: www.jedu.ch/werde-mitglied

- Eine automatische Mail mit den Anmeldeinformationen geht an die Junge EDU und das EDU-Zentralsekretariat in Thun
- 2. Das Zentralsekretariat leitet die Informationen an die zuständige Kantonalsektion weiter
- 3. Die Junge EDU und die Kantonalsektion kontaktieren das neue Mitglied nach Absprache entweder gemeinsam oder individuell

Variante 2: Registrierung eines neuen Mitgliedes bei der Kantonalsektion oder der EDU Schweiz

- 1. Die Kantonalsektion leitet die Informationen an das EDU-Zentralsekretariat
- 2. Das Zentralsekretariat registriert das Mitglied bei der Jungen EDU über die Website
- 3. Eine automatische Mail mit den Anmeldeinformationen geht an die Junge EDU und das Zentralsekretariat in Thun
- 4. Die Junge EDU und die Kantonalsektion kontaktieren das neue Mitglied nach Absprache entweder gemeinsam oder individuell



Grundsätze

- Neue Mitglieder zwischen 14 und 16 Jahren können bereits Mitglied der Jungen EDU werden – nicht aber der Kantonalsektionen.
- Neue Mitglieder zwischen 16 und 35 Jahren werden automatisch Mitglied der Jungen EDU und der EDU-Kantonalsektion und der EDU Schweiz.
- Der Informationsaustausch findet via Zentralsekretariat (nicole.salzmann@edu-schweiz.ch) statt.
- Wünscht ein Mitglied entweder keine Mitgliedschaft bei der Jungen EDU oder der zuständigen Kantonalsektion, so muss dies vom Mitglied explizit geäussert werden.

Umfrage: Warum engagieren Sie sich für die EDU?

«Wir wissen, wo wir herkommen»

In die EDU eingetreten bin ich, weil mich Politik schon als junge Frau interessiert hat. Deshalb auch die Verwaltungslehre. Ich fand es eigentlich länger nicht nötig, mich persönlich zu engagieren. Aber immer häufiger stellte ich fest, dass die bodenständigen Tugenden und Verdienste, die meiner Meinung nach

die Schweiz und ihren Wohlstand ausma-

chen, verloren gehen. Es macht mich traurig, wenn ich beobachte, wie Gott und die Bibel immer mehr aus der Politik verschwinden, ja gar lächerlich gemacht und in eine extreme Ecke gestellt werden. Deshalb habe ich mich entschieden, selber aktiv zu werden – und schnell wurde ich für den Vorstand angefragt. Die gemeinsamen Ziele, gegenseitige Ermutigung, das Getragenwerden im Gebet und die Freundschaft unter den EDU-lern

beeindrucken mich immer wieder. Wir wissen, wo wir herkommen, kennen unseren Auftrag und gehen zuversichtlich und mit himmlischer Rückenstärkung durchs Leben. Linken «Furzideen» und neumodischen Strömungen in den Abgrund müssen wir nicht folgen, denn wir kennen unsere Werte und unser Ziel. Es sind Werte, die bleibend und gut sind. Diese gilt es zu stärken.

Nadine Dubs (47), seit 2006 verheiratet, drei Söhne; Verwaltungs-KV mit BMS und danach Studium an der ZHAW, heute Teilzeit-Mitarbeiterin in einer Gemeinderatskanzlei. Vorstandsmitglied EDU Bezirk Pfäffikon, Kantonsrats- und Nationalratskandidatin, ehem. Fraktionssekretärin für den Kantonsrat der EDU Zürich, zeitweise Mitarbeit im Sekretariat der EDU Kanton Zürich; Hobbies: Familie, Hockeymom, Garten, Handquilten, Feldbotanik; wohnhaft in Lindau ZH.

«Die Angst vor einem Gesichtsverlust ist zu gross»

Am ersten Aprilwochenende fand in Bern das Symposium «Corona – Fakes und Fakten» statt, das vom Thuner Hausarzt und ehemaligen EDU-Grossrat Daniel Beutler organisiert wurde. Rund 300 Besucher folgten den Referaten von ausgewiesenen Experten der Themenbereiche Medizin, Psychologie und Wissenschaft, Recht, Politik, Gesellschaft, Medien und Kirche.

Der «Berner Landbote» publizierte in seiner Ausgabe vom 24. April 2024 ein bemerkenswertes Interview mit Dr. Daniel Beutler, das wir fortfolgend in einer gekürzten Fassung wiedergeben.

«Berner Landbote»: Warum haben Sie das Symposium «Corona – Fakes und Fakten» zur Aufarbeitung der Coronazeit initiiert und lanciert?

Daniel Beutler: Das offizielle Narrativ lautet: «Corona ist vorbei. Dank des umsichtigen Handelns unserer Behörden haben wir die Krise gut überstanden. Die Impfung hat Millionen Leben gerettet.» Dieses Mantra hält sich tapfer trotz übervoller Psychiatrien, durch Lockdowns traumatisierter Familien, irreparabler Bildungsrückstände ausgerechnet bei sozial Schwächeren, ausgegrenzter und zensierter Ärzte und Wissenschaftler und Menschen mit schweren Impfschäden. Am verlässlichsten zeigen mir aber die feuchten Augen einer neunzigjährigen Patientin, dass die Gräben nicht überwunden sind sie wurde auch an Weihnachten 2023 von ihrer Familie nicht mehr zum Festessen eingeladen.

Die «Standpunkt»-Redaktion lanciert eine neue Serie zur Aufarbeitung der Coronazeit. In den kommenden Ausgaben vertiefen wir wichtige Themen – gegliedert nach den diversen Bereichen. Den Auftakt bildet dieses Interview mit Dr. Daniel Beutler.

Warum wehrt sich mehr als die Hälfte der Bevölkerung so hartnäckig gegen den Diskurs und die Reflexion? Woran liegt es, dass kaum ein Entgegenkommen «der anderen Seite» stattfindet?

Zu gross ist die Angst vor einem Gesichtsverlust. In der Medizin findet der wissenschaftliche Dialog praktisch nicht statt oder dann nur hinter vorgehaltener Hand, in den Fachzeitschriften ist er inexistent. Die Impfopfer bleiben «im Regen stehen» und die übrig gebliebenen Covid-Impfungen landen millionenfach im Müll. Der Schaden für die Steuerzahler beläuft sich auf mindestens 270 Millionen Schweizerfranken. «Versorgungssicherheit» war das Passwort für unsere Behörden, ein als Impfung kaum erforschtes Gentech-Produkt einzukaufen, notabene bei Firmen, die in der Vergangenheit Milliarden an Bussgeldern für unlauteren Wettbewerb und Datenmanipulation bezahlen mussten. Diese Impfung wurde der Bevölkerung als wirksam und sicher angepriesen und letztlich mittels Zertifikats sogar noch aufgedrängt, obschon namhafte Wissenschaftler schon früh davor gewarnt hatten. Führt diese mRNA-Injektion doch zu einer nicht kontrollierbaren Produktion eines Fremdproteins an nicht vorhersehbaren Orten im Körper, in nicht bestimmbarer Menge und für nicht absehbare Zeit. Es ist eine harte Realität, dass hier mehrere rote Ampeln überfahren wurden.

Warum? Was sind die Konsequenzen?

Bis zwei Jahre nach der Injektion können diese körperfremden Impf-Proteine in verschiedensten Organen nachgewiesen werden. Dort erzeugen diese eine Immunreaktion, folglich eine Entzündungsund im ungünstigsten Fall eine Gerinnungskaskade. Wir wissen nicht, bei welchen Menschen diese Vorgänge auftreten können, und im Einzelfall lässt sich das auch kaum beweisen. Aber wir beobachten besorgniserregende statistische Phänomene. Eine anhaltende Übersterblichkeit, vor allem auch in der





KANTON ZÜRICH



Wort des Vizepräsidenten

Heinz Kyburz Vizepräsident EDU Kanton Zürich, Meilen

Blinde Führer, die Mücken aussieben aber Kamele verschlucken

Das sind wenig schmeichelhafte Worte von Jesus Christus an die Schriftgelehrten und Pharisäer (Matth 23,23-24). Er nannte sie auch Heuchler, die den Menschen Lasten auferlegen, sich selber aber nicht daran halten, und denen es nur um ihr Ansehen geht. Zudem sprach er davon, dass sie sich um das Wichtigste im Gesetz Gottes nicht kümmern, nämlich um das Recht, die Barmherzigkeit und den Glauben. Ich wünsche mir Theologen und Politiker, die sich sowohl für das Recht wie auch für die Barmherzigkeit und den Glauben stark machen, weil alle drei Bereiche zusammengehören und wichtig sind.

Wer sind die Pharisäer unserer Zeit?

Sind es nicht all jene, welche den Menschen viele Lasten auferlegen, z.B. unsere Erde retten zu müssen, sich schuldig zu fühlen und deshalb

grosszügig Geld zu verteilen? Oder jene, die Menschen ausgrenzen, wenn sie keinen Genderstern verwenden oder gewisse Präferenzen nicht gut finden? Sie appellieren an das Gewissen und nehmen viele sensible Menschen in ideologische Geiselhaft. Glücklich ist, wer das durchschaut.

Die Schwäche der Demokratie besteht darin, dass sich die meisten Menschen an den meisten Menschen orientieren, um zur Mehrheit zu gehören und sich so besser zu fühlen. Es ist daher für eine gelingende gesellschaftliche Entwicklung von zentraler Bedeutung, dass sie nicht von ideologisch blinden, sondern von sachlich sehenden Politikern geführt wird, die sich an Recht, Barmherzigkeit und Glauben orientieren.



Rabbiner, Dr. Elijahu Tarantul Klassenlehrer, Teamleiter Quims, Sekundarschule Falletsche Leimbach, Zürich

Farbe Bekennen / Aufruf nach dem 7. Oktober 2023

Es gibt eine alte Legende im Talmud: Gott hatte die Bäume erschaffen. Die Bäume waren froh. Dann hat Gott das Eisen erschaffen. Die Bäume bekamen Angst. Gott sprach zu den Bäumen: «Wenn ihr kein Holz für die Axtstiele geben werdet, werdet ihr nicht abgehackt.» Wenn Europa in diesem Krieg wieder keine Farbe bekennt und mit dem leeren Gerede über «Toleranz und Respekt» die heimliche Hoffnung verbergen wird, weiterhin mit dem Iran Geschäfte zu machen, werden wir Juden das überleben. Wird Europa das überleben? Wollen wir hier mit denselben Islamisten konfrontiert werden, gegen die Israel jetzt kämpft? Nichts gegen die Religion des Frie-

dens Islam. Aber der Islam hat mit dem fanatischen Islamismus nur dasselbe gemeinsam, was die Meerschweinchen mit dem Meer gemeinsam haben: nur einen ähnlichen Namen.

Wollen wir Quartiere wie Berlin Neukölln in der Schweiz haben? Oder wie einige Gegenden in Frankreich, in die sich die Polizei gar nicht mehr traut? Wollen wir hier bärtige Eiferer, die gegen «Ungläubige» Hasspredigten halten? Wollen wir Mordaufrufe gegen Schwule und Lesben? Wollen wir hier Banden der jungen Männer, die die Ehre einer Frau an der Länge ihres Kleides messen? Wacht auf! Bekennt Farbe!



«My Body, my Choice» für einmal stimmt diese Aussage!

Die gleiche Seite, die zu Corona-Zeiten am liebsten eine allgemeine Impfpflicht eingeführt hätte, ist jetzt gegen die «Initiative für Freiheit und körperliche Unversehrtheit» - ihr einziges Argument: Das Kernanliegen sei bereits umgesetzt.



Jan Leitz Stellvertretender Geschäftsführer EDU Kanton Zürich, Dübendorf

Hintergrund der Initiative ist die Befürchtung des Initianten Richard Koller, Präsident «Freiheitliche Bewegung Schweiz», dass dereinst Micro-Chips zwangsimplantiert werden könnten - noch vor der Pandemie. Was damals von einigen vielleicht noch etwas als gar orwellianisch empfunden wurde, erweist sich nun viel mehr als prophetisch.

Die Repressionen, welche all diejenigen gespürt hatten, welche auf den Befehl «Spring!» nicht sofort mit «Wie hoch?» geantwortet hatten, sind allen noch präsent. Wir durften unsere sterbenden Eltern und Grosseltern nicht mehr besuchen, Kindern wurde unnötigerweise unzählige Wochen Schulunterricht verwehrt, Verwaltungsangestellte, Polizisten, Staatsanwälte verloren ihren Job, wenn sie die Impfung verweigerten. Die Regierungen dieser Welt versuchten mit allen Mitteln, wenn nicht «betont zu motivieren», ihre Untertanen gar zu zwingen, sich einen «Impfstoff» spritzen zu lassen, für den im Fall von Komplikationen niemand zur Verantwortung gezogen werden konnte.

All die Befürchtungen sind jedoch leider eingetroffen: Die Anzahl plötzlicher und unerwarteter Todesfälle schoss genauso in die Höhe wie die Zahl an Totgeburten. Dazu kamen unzählige lebensbedrohliche Blutgerinnsel, Myokarditis, Thrombosen, Long-Covid (auch «Post-Vac-Syndrom») etc. Und nun wurden die «Schwurbeleien» quasi amtlich bestätigt: Das einstige Wundermittel Astra-Zeneca verliert die EU-Zulassung, weil es zu schweren Nebenwirkungen wie Blutgerinnsel an Gehirn- oder Bauchgefässen kommen könnte. Verfassungsrechte sind die stärksten Rechte in einer Demokratie. All die Corona-Massnahmen haben bewiesen, dass wir als Bürger uns nicht darauf verlassen dürfen, dass in Krisen-Fällen sich Legislative, Exekutive und Judikative an Gesetze und Verordnungen halten werden.

Gerade aber vor dem Hintergrund des drohenden WHO-Pandemievertrags und der IGV (internationale Gesundheitsvorschriften; sollen dort zur Anwendung kommen, wo der Pandemievertrag noch nicht ratifiziert wurde) ist es unverzichtbar, folgende Rechte auf Verfassungsstufe festzuhalten: körperliche und geistige Unversehrtheit, das entsprechende Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper und auch ein Verbot allfälliger negativer Konsequenzen im Falle einer Impfverweigerung.

Die dünnhäutige Linke

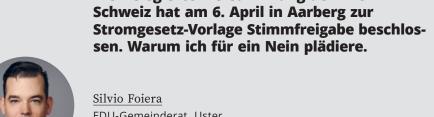
«My Body, my Choice» ist normalerweise der Kampf-Slogan der Abtreibungs-Fans, den diese bei jeder Gelegenheit durch die Gassen skandieren - und dabei verkennen, dass das Baby im Bauch der Mutter nicht «my Body» und somit auch niemals Teil der «Choice» sein kann. Doch in diesem Abstimmungswahlkampf trifft dieser Slogan den Nagel auf den Kopf und wird auch dementsprechend von einer Freiheitsbewegung benutzt - samt Einspieler der diesen Slogan ins Mikrophon brüllenden SP-Nationalrätin Tamara Funiciello.

Das Kalkül der Kampagnen-Leitung geht auf und verbreitet sich wie ein Lauffeuer in den Sozialen Medien - ganz zur Unfreude von Funiciello: Diese geht gerichtlich gegen die Kampage vor und verhilft ihr so zum sehr willkommenen Streisand-Effekt.

Bei all dem Klamauk muss nochmals betont werden: Ein Eingriff in die körperliche Unversehrtheit darf niemals ohne Einverständnis erfolgen. Legen Sie daher am 9. Juni ein deutliches JA zur Impfstopp-Initiative für Freiheit und körperliche Unversehrtheit ein und motivieren Sie ihre Familie, Freunde und Bekannte dazu, das ebenfalls zu tun. Die Chance auf einen solchen Verfassungsschutz dürfen wir uns nicht nehmen lassen!



Die Delegiertenversammlung der EDU







EDU-Gemeinderat, Uster

Gegen den vom Parlament ausgearbeiteten Kompromiss zum «Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien» wurde von Umwelt-Organisationen wie der Fondation Franz Weber und Freie Landschaft Schweiz das Referendum ergriffen. Neben dem Argument Landschaftsschutz gibt es jedoch auch technische und finanzielle Folgen, welche ich hier beleuchten möchte.

Situation

Mit der angestrebten Dekarbonisierung, also der Abkehr von fossilen Brennstoffen wie Öl, Gas und Kohle, zu Gunsten einer Elektrifizierung, wird der elektrische Bedarf deutlich steigen. Insbesondere die Grundlast oder Bandenergie, also der Bedarf, welcher jederzeit gedeckt werden muss, auch wenn die Sonne nicht scheint oder der Wind nicht weht.

Erwarteter Bedarf

Gemäss einer Studie (Züttel et al.) der ETH Lausanne wird die Schweiz bis in 25 Jahren vereinfacht rund sechs Kraftwerke in der 1-Gigawatt-Klasse (GW) benötigen, wie etwa das Kernkraftwerk Gösgen; oder sogar acht, wenn Reservekraftwerke mit bedacht werden. Dabei geht es nur bedingt um Spitzenleistung, viel mehr aber um kontinuierlich übers Jahr gelieferte Leistung, welche auf rund 50 Terawattstunden (TWh) zu beziffern ist.

Erfüllen erstere Definition von 1 GW auch die vier grossen Pumpspeicherkraftwerke Linth-Limmern, Grimsel, Grande Dixence und Nant de Drance, bleiben für Grundlast nur die zwei grossen KKW Leibstadt und Gösgen. Die grössten Laufwasserkraftwerke, wie das Reusskraftwerk Amsteg, liegen um den Faktor 10 tiefer.

Staatliche Umsatzgarantie?

Das Gsetz schreibt einen Ausbau von «erneuerbaren Energien, ausgenommen Wasserkraft» vor. Da Windkraft kaum konsensfähig ist, dürfte das einer zweifelhaften staatlichen Umsatzgarantie von über 50 Mia. Franken für den Ausbau der Photovoltaik gleichkommen.

Integrationskosten

Liefern Bandkraftwerke, wie das Vergleichsbeispiel KKW Gösgen, während rund 8000 Stunden pro Jahr Strom, ist bei Solar in hiesigen Breitengraden mit rund 1000 Stunden pro Jahr zu rechnen. Es muss also achtmal so viel Leistung gebaut und installiert werden, um dieselbe Ausbeute zu erhalten.

Diese achtfache Leistung fällt jedoch konzentriert an, so dass der 7-fache Überschuss gespeichert werden muss, für Zeiten in denen Unterdeckung herrscht (Nacht, Schlechtwetter, Hochnebel). Das zieht massive Investitionskosten in Speicherlösungen, wie die von Umweltverbänden bekämpfte Erhöhung der Grimselstaumauer und den Trift-Neubau mit sich. All dies verteuert die vermeintlich günstigen solaren Gestehungskosten wieder.

Fazit

Das Stromgesetz erzwingt mit festgelegten Jahrzahlen einen Solarausbau - quasi eine gesetzliche Installationsgarantie für die Solarbranche. Gleichzeitig wird um die damit notwendigen Stromspeicher wohl noch Jahrzehnte gestritten. Was zu viel Solar im Netz bedeutet, zeigt auch das Beispiel vom 22. April, wo es wegen dem Wintereinbruch zu einem starken Stromdefizit kam, das zu aktuellen Marktpreisen (geschätzte 30 Mio. Franken) kompensiert werden musste. Darum: Stromgesetz Nein!



Chancengleichheit bei Gymiprüfungen

Auf Anregung von alt Kantonsrat Hans Peter Häring haben die drei EDU-Kantonsräte Roger Cadonau, Hans Egli und Thomas Lamprecht die Anfrage «Chancengleichheit bei der Aufnahmeprüfung ins Langzeitgymnasium 2024» eingereicht.



Roger Cadonau EDU-Kantonsrat, Wetzikon

Am 19. März sind die Resultate der Aufnahmeprüfungen für die Langzeitgymnasien im Kanton Zürich bekanntgegeben worden. Wir möchten von der Regierung wissen, wie es mit der Chancengleichheit der Kinder aussieht. Aus diesem Grund stellen wir die folgenden Fragen:

- Aus welchen Bevölkerungsschichten stammen die Kinder, die eine Aufnahmeprüfung absolvierten?
- 2. Aus welchen Bevölkerungsschichten stammen die Kinder, welche sich private Vorbereitungskurse leisten konnten? Aus welchen Gemeinden stammen sie?
- 3. Wie viele der erfolgreichen Kinder haben private Vorbereitungskurse absolviert?
- 4. Falls zu den Fragen 1-3 keine quantifizierten Aussagen gemacht werden können: Ist die Regierung bereit, diese zukünftig mit der Anmeldung zur Prüfung zu erheben?

- 5. Wäre es denkbar, dass die Benotung von Aufsätzen durch KI erfolgt, und wäre die Regierung bereit, einen entsprechenden Versuch durchzuführen?
- 6. Wäre die Regierung bereit zu prüfen, ob nicht ein IQ-Test ein Faktor bei der Beurteilung der Reife für den Besuch eines Gymnasiums sein könnte?
- 7. Wäre die Regierung bereit, auch die Beurteilung durch die Lehrperson mit in die Beurteilung einzubeziehen, vor allem, wenn das Resultat knapp ist?
- 8. Wie viele Rekurse und Wiedererwägungsgesuche hat es in den letzten drei Jahren gegeben?
- 9. Bestehen interne Weisungen bezüglich der Anzahl von Aufnahmen von Kindern, damit die Gymnasien nicht überquellen?

Veranstaltungshinweis



Den Wolf in seine Schranken weisen

Wie im «Standpunkt» vom März berichtet, gefährdet der Wolf auch im Kanton Zürich Kleintierherden. Herdenschutzhunde können Schlimmes verhindern. Darum soll man den Haltern entgegenkommen.



Daniel Suter Geschäftsführer EDU Kanton Zürich, Winterthur

Die NZZ vom 29. April 2024 beschreibt einen Wolfsangriff auf eine Herde: «Wölfe töten ihre Beute durch einen Biss in die Kehle, reissen dann die Bauchhöhle auf und zerren die Eingeweide heraus. Wenn sie in eine Weide einbrechen, beissen sie wild um sich. Der Anblick, sagt der deutsche Wolfsberater Michael Ohlhoff einem Reporter der «Süddeutschen Zeitung», sei furchtbar. Die Besitzer fänden oft ein Schlachtfeld voller toter, angefressener, verletzter und verstörter Tiere vor.»

Die Zeitung fasst die aktuelle Situation in der Schweiz wie folgt zusammen: «In der Ostschweiz, in der Innerschweiz, im Wallis, in Graubünden und im Zürcher Säuliamt: Überall sind in den vergangenen Wochen Wölfe gesichtet worden, viele in der Nähe von Siedlungen - oder mittendrin.»

EDU-Kantonsrat Hans Egli will darum die Herdenschutzhunde von der Hundesteuer befreien. Das Hundegesetz sieht vor, dass Arbeitshunde mit besonderen Funktionen wie Katastrophenund Lawinenhunde, Blindenführhunde, Diensthunde oder Behindertenhunde von der Hundesteuer befreit sind. Da Herdenschutzhunde ebenfalls Arbeitshunde sind und angesichts der Wolfsproblematik eine wachsende Bedeutung erhalten, sollen sie den anderen steuerbefreiten Hunden gleichgestellt werden.

Der Regierungsrat war bereit, das Postulat von Hans Egli betreffend «Herdenschutzhunde sollen von Hundeabgabe befreit werden» entgegenzunehmen. Der Kantonsrat hat es am 29. April diskussionslos dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag innert zweier Jahre überwiesen. Ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Weitere Massnahmen sind nötig, um Nutztiere besser vor Wölfen zu schützen.

Veranstaltungshinweis



Winterthur, Donnerstag 20.6.2024, 20:00 Uhr Mülisaal, Hegifeldstrasse 4, 8404 Winterthur Israel - Zankapfel der Welt & Augapfel Gottes

Zürich, Freitag 21.6.2024, 19:30 Uhr Cevizentrum Glockenhof, Sihlstrasse 33 8001 Zürich Massaker gegen Israel & die veränderte Welt



Ausbeutung und Gewalt gegen Frauen



Die EDU Affoltern hat am 12. April mit zwei Vorträgen heisse Eisen aufgenommen. Ausbeutung und Gewalt gegen Frauen und Mädchen sind Tabuthemen, derer sich der Rechtsstaat annehmen muss.

<u>Hans Peter Häring</u> Alt EDU-Kantonsrat, Wettswil

«Die Stärke des Volkes misst sich am Wohl der Schwachen», heisst es in der Präambel unserer Bundesverfassung. Das will heissen, dass die Schwachen, die Opfer, die Wehrlosen keine vernachlässigbare Minderheit sind, weil sie keine Wahlen und Abstimmungen entscheiden können. Unsere Gesellschaft ist nur so stark und widerstandsfähig, wie wir den Schwachen und Hilflosen zu ihrem Recht verhelfen. Vernachlässigen wir dies, wird unser «Rechtsstaat» selbst schwach und hilflos und kollabiert vor winzigen Herausforderungen wie zum Beispiel Viren.

Kaufbarer Sex

Samuel Kullmann, Grossrat des Kantons Bern, stellte eine Brücke her zwischen Prostitution und der Sklaverei. Frauen werden von Männern ausgebeutet, wie einst Sklaven von ihren Herren. Das verstösst gegen die Menschenwürde. Bereits in diversen Ländern gilt ein Sexkauf-Verbot, so neben Schweden auch in Frankreich, Kanada, Norwegen, Nordirland, Irland, Island und Israel. In der Schweiz sind wir noch nicht so weit, wie es sich die Zürcher Frauenzentrale wünscht. Es gibt vielmehr eine Lobby, welche das Verbot kritisiert, weil es nicht zwischen selbstbestimmter und erzwungener Prostitution unterscheidet.

Solange Männer gewisse Frauen wie eine Ware kaufen können, gibt es keine Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau. Die Prostitution ist eine Form der Ausbeutung und frauenverachtend. Die Bemühungen um ein Verbot des Sexkaufes darf man aber nicht aufgeben. Es hat letztlich auch viele Jahre gedauert, bis die Sklaverei 1807 in Grossbritannien abgeschafft wurde. Leider ist dieses Thema nur auf der Agenda der EDU und der EVP, für die andern Parteien ist dies kein Anliegen. Natürlich verlangt das Verbot, wie es Schweden kennt, Begleitmassnahmen wie Entkriminalisierung der Prostitution, Ausstiegshilfe und Be-

gleitung. Nur damit konnte das «schwedische Modell» zu einem Rückgang der Prostitution führen.

Sex und Gewalt

Im zweiten Vortrag erörterten zwei Vertreter des Vereins CARA (www.verein-cara.ch), wie organisierte, sexualisierte und rituelle Gewalt häufig mit Menschenhandel einhergeht. Die systematische, wiederholte Gewalt beginnt für die Opfer meist schon im frühesten Kindesalter und wird oftmals bis ins Erwachsenenalter von den Tätergruppen fortgeführt. Die Betroffenen leiden grösstenteils ein Leben lang unter schwersten Traumafolgestörungen.

CARA betonte, wie wichtig es ist, über schwere Traumafolgestörungen informiert zu sein, um Gewalt-Betroffenen, die jeder in seinem Umfeld haben kann, adäquat begegnen und sie wo möglich unterstützen zu können.

Es wurden verschiedene Gefässe vorgestellt, mit denen sich der Verein dafür einsetzt, dass Menschen, die für Kinderpornografie durch kriminelle Familien und Netzwerke unsagbare Gewalt erlebt haben, in unserer Gesellschaft Anerkennung finden und ihre Würde zurückerhalten können.

Veranstaltungshinweis



Nach der Wahl ist vor der Wahl



Nach dem Erfolg bei den Nationalratswahlen im letzten Herbst nimmt die EDU Zürich die nächsten Wahlen 2026/27 ins Visier. Wir möchten den Nationalratssitz für weitere vier Jahre sichern und die Kantonsratsfraktion zurückholen. Dazu braucht es im Kern eines: mehr Mitarbeiter in Partei und Behörden.

Daniel Suter Geschäftsführer EDU Kanton Zürich, Winterthur

Die EDU-Verantwortlichen haben sich an der Klausur vom 23. März über Ziele und Massnahmen für die Jahre 2024-2027 ausgetauscht. Das Ziel der Massnahmen ist der Wahlerfolg 2027. Dann finden die nächsten Kantons- und Nationalratswahlen statt. Einerseits geht es darum, im Frühjahr 2027 wieder Fraktionsstärke im Kantonsrat zu erreichen. Das bedeutet von heute drei, auf fünf Kantonsräte zu erhöhen. Da wir in den Jahren 2007-2019 bereits eine Fraktion hatten, ist dieses Ziel durchaus erreichbar - vorausgesetzt, alle Bezirksparteien können zulegen. Anderseits wollen wir im Herbst 2027 unseren Zürcher Nationalratssitz verteidigen. Wir sehen bereits jetzt, wie enorm wichtig die Arbeit unseres Nationalrats Erich Vontobel in Bezug auf die weltpolitisch bedeutungsvolle Auseinandersetzung Israel-Hamas ist, um nur ein Beispiel zu nennen. Um diese beiden Wahlziele 2027 zu erreichen, hat der Vorstand die folgenden fünf Aufgabenbereiche definiert:

- 1. Gottes Segen erbeten
- 2. Bezirksparteien und junge EDU personell aufbauen
- 3. Christliche Politik machen gemäss unseren Wahlversprechen
- 4. EDU sichtbar machen in den Bezirken und den Medien
- 5. Wahlerfolge 2026/27 durch Kooperationen steuern

EDU bi de Lüt

Eine Massnahme im Bereich «EDU sichtbar machen» ist das neue Veranstaltungsangebot «EDU bi de Lüt», mit dem die EDU Bern gute Erfahrung gemacht hat. Der Prototyp im Kanton Zürich wurde sehr erfolgreich in Rüti durchgeführt. Statt der erwarteten 30 Gäste kamen 60! Inhaltlich gab es spannende Hinter-

grundinformationen aus der aktuellen Bundespolitik, der Kantonalpolitik und aus der Bezirkssektion. Moderiert wurde der Anlass von Jana Cadonau von der jungen EDU. Die Referenten gingen kompetent auf die Fragen der Gäste ein. Abschliessend wurde ein feines Dessert serviert, was auch Gelegenheit zum gegenseitigen Austausch und Kennenlernen gab. Einige Gäste waren von «EDU bi de Lüt» so begeistert, dass sie gleich den Antrag auf Mitgliedschaft ausgefüllt haben. Dieses Veranstaltungsangebot wird in den kommenden Monaten von allen Bezirkssektionen durchgeführt. Das nächste Mal am Freitag, 28. Juni in Neerach (siehe nebenstehendes Inserat).

Die EDU braucht Sie!

Der Wahlerfolg der EDU 2026/27 hängt wesentlich von Ihrer Mithilfe ab. Ohne helfende Hände bleibt alles nur Wunschdenken. Das zeigt auch die Aufforderung und Verheissung Gottes in Maleachi 3,10, welche ich im Folgenden auf die EDU anwende:

«Ich, der HERR, der allmächtige Gott, fordere euch nun auf: Bringt den zehnten Teil eurer Erträge in vollem Umfang zu meinem Tempel, damit in der EDU kein Mangel herrscht! Stellt mich doch auf die Probe und seht, ob ich meine Zusage halte! Denn ich verspreche euch, dass ich dann die Schleusen des Himmels wieder öffne und euch überreich mit meinem Segen beschenke.» In der EDU können Sie Ihre Verantwortung als Christ und Bürger konkret wahrnehmen. Bringen Sie Begabungen, Zeit, Kompetenzen und Finanzen in die EDU, damit kein Mangel herrscht. Glauben Sie, dass der HERR, der allmächtige Gott, Sie dann mit seinem Segen beschenkt, damit Sie diesen Dienst für Gott in der EDU fröhlich ausüben können?

Danke für Ihr Mail: mitglied@edu-zh.ch





Veranstaltungen im Juni

Kurt Beutler

Den Nahost-Konflikt verstehen

Freitag 14.6.24 20:00 Uhr Restaurant «Alte Krone», Goethestrasse 12, 8712 Stäfa

Michael Schneider

Israel - Zankapfel der Welt & Augapfel Gottes

Mülisaal, Hegifeldstrasse 4, 8404 Winterthur Donnerstag 20.6.24 20:00 Uhr

Michael Schneider

Massaker gegen Israel & die veränderte Welt

Freitag 21.6.24 19:30 Uhr Cevizentrum Glockenhof, Sihlstrasse 33, 8001 Zürich

Erich Vontobel & Thomas Lamprecht

EDU bi de Lüt

Freitag 28.6.24 20:00 Uhr Gasthof «Zum Wilden Mann», Steinmauerstrasse 1, 8173 Neerach

Gebetstreffen

Bülach: jeweils am 2.+4. Montag im Monat, 20 Uhr:

10.+24. Juni, 8.+22. Juli, 12.+26. August Gebetshaus Bülach, www.gebetshaus-zhu.ch Winterthurerstr. 23, 8180 Bülach Info: Markus Wäfler, 044 856 01 93

Hausen a.A.: letzter Mittwoch im Monat 19-21 Uhr

26. Juni, 31. Juli, 28. August, 25. September Gebetshaus, Rigiblickstr. 17, Hausen a. A. Anmeldung: Johanna Feusi, 079 590 36 09

Männedorf: mittwochs 9:30 Uhr (gerade Kalenderwochen)

12.+26. Juni, 10.+24. Juli, 7.+21. August Luegislandstr. 27, 8708 Männedorf Info: Margrit Vetter, 044 920 45 43

Rüti: erster Donnerstag im Monat um 20 Uhr:

6. Juni, 4. Juli, 8. August, 5. Septgember ETG Rüti, Weinbergstrasse 22, 8630 Rüti Info: Maya Gustavs, 055 240 73 53

Tösstal: zweiter Dienstag im Monat um 9:30 Uhr:

11. Juni, 9. Juli, 13. August, 10. September Hohmattring 23 F, 8488 Turbenthal Info: Ruth Bättig, 052 385 22 72

letzter Donnerstag im Monat, 18:00-19:30 Uhr: **Uster:**

27. Juni, 25. Juli, 29. August, 26. September Gebetshaus, Buchhaldenweg 11, 8610 Uster Info: Conny Brizza, 078 860 60 16

Wädenswil: zweiter Freitag im Monat um 19:30 Uhr:

14. Juni, 12. Juli, 9. August, 13. September Sennhus 4, 8820 Wädenswil

Info: Berti Stocker, 044 781 20 42

Winterthur: jeweils am 2.+4. Mittwoch im Monat, 18:15–19:15 Uhr:

12.+26. Juni, 10.+24 Juli, 14.+28. August Stadtmission, Technikumstr. 78 Info: Daniel Suter, 079 216 03 16

Zürich: zweiter Mittwoch im Monat, 17:30-18:30 Uhr:

12. Juni, 10. Juli, 14. August, 11. September Cevi-Zentrum Glockenhof, Sihlstr. 33, 2. Stock, 8001 Zürich Info: Thérèse Nyffenegger, therese-m@bluewin.ch

«ERHEBE DICH, GOTT, ZUM GERICHT. **UM ALLEN GEBEUGTEN AUF DER ERDE ZU HELFEN.»**

Psalm 82,8+76,10

Die EDU gratuliert den Parteimitgliedern, die im Juni 2024 einen runden Geburtstag feiern

Theo Dollenmeier, Wald Felix Zimmermann, Ottikon **Matthias Oertle, Uster Elisabeth Baumgartner, Steinmaur** Verena Pfister, Pfäffikon Verena Häberling, Zürich Karin Krauer, Bauma

Impressum EDU Kanton Zürich

Bürglistrasse 31, 8400 Winterthur 052 222 42 61, info@edu-zh.ch

Spendenkonto IBAN: CH35 0900 0000 8003 7173 6 Redaktion

Daniel Suter, Jan Leitz Gestaltung Lukas Frey



jüngeren Altersklasse, und ein noch nie dagewesener Geburtenrückgang wurden durch den Gesundheitsökonomen der Uni Luzern, Prof. Dr. Konstantin Beck, am Symposium aufgezeigt. Weiter wurde die drastische Zunahme plötzlicher Todesfälle bei Amateur- und Profisportlern durch den Herzchirurgen Prof. Dr. med. Paul Vogt erwähnt. Wenn die oben erwähnte Immunreaktion in der Nähe des Reizleitungssystems des Herzens abläuft, wäre das eine plausible Erklärung. Eine leitende Polizeibeamtin bestätigte mir eine deutliche Zunahme solcher Ereignisse seit 2021. Dass nicht schon wieder Millionenbussen drohen, dafür haben die Pharmalieferanten mit Haftungsausschlüssen vorgesorgt. Und damit sich die Schweizer neben den verschleuderten Steuermillionen nicht noch mehr aufregen müssen, wurden die entsprechenden Verträge ausgiebig geschwärzt.

Wie gehen Ihre Kolleginnen und Kollegen mit diesen Hiobsbotschaften um?

Die Hausärztinnen und -ärzte scheint es am wenigsten zu kümmern, gehören diese doch zur treuesten Gefolgschaft des offiziellen Narrativs. Gemäss den Ausführungen des Psychologen Dr. Bernhard Sollberger am Symposium behindere eine extreme Verengung der Aufmerksamkeit auf ein Problem die Fähigkeit, kritisch zu denken, akzentuiert durch eine Betonung von Solidarität mit dem «Kollektiv» und letztlich mündend in eine radikale Intoleranz gegenüber Andersdenkenden. Eine weitere Referentin, die Zürcher Psychiaterin und Forensikerin Dr. med. Catja Wyler van Laak, zeigte anhand eines Artikels des Rechtsdienstes der FMH, dass Ärzte verpflichtet gewesen wären, die Patienten über die Risiken der Impfung umfassend aufzuklären und auch darüber, was man nicht weiss. Trotz dokumentierter Vorbehalte hinsichtlich Wirksamkeit und Sicherheit wurde die Impfung von den meisten Hausärzten nahezu uneingeschränkt propagiert und verabreicht. Unter ihrer Mithilfe wurde die Wirtschaftsfreiheit eingeschränkt und Menschen wurden unter Androhung des Verlustes der zwischenmenschlichen Beziehungen «genötigt», dem Impfaufruf zu folgen.

Was sagten die Rechtsvertreterinnen und -vertreter?

Sie fokussierten auf die anstehende Revision des Epidemiengesetzes und auf das Verhältnis zur WHO. Wie bereits Ueli Maurer warnte auch der Zürcher Anwalt Philipp Kruse vor diesen Abkommen, welche weitreichende Auswirkungen auf unsere staatliche Souveränität hätten und der WHO als nicht demokratisch gewählter, mehrheitlich von privaten Institutionen wie der Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung finanzierter Organisation weitreichende Machtbefugnisse einräumen würden. Diese Einschätzungen wurden durch den Zürcher Juristen Ralph Studer bestätigt. Weiter wurden verschiedenste juristische Verfehlungen während der Coronazeit kurz beleuchtet.

Wir leben in einem christlichen Wertesystem. Haben die Kirchen ihren Auftrag in der Coronazeit erfüllt?

«Kirchen sollten ihrem biblischen Auftrag gemäss Hoffnungsträger und nicht Mitläufer einer humanistischen Strömung sein, die Tod und Ewigkeit ausblendet», so sagte es Pfarrer Willy Honegger in seiner Kurzpredigt. Diesen Auftrag haben die Kirchen während der Coronakrise nicht erfüllt. Sie waren nicht weniger von Trennungen, Spaltungen und Kontroversen bezüglich Haltung zur Coronapolitik betroffen als säkulare Gruppen. Im Gegenteil durch religiöse Dogmen akzentuiert, liefen die zwischenmenschlichen Prozesse nicht selten leidenschaftlicher, vehementer, aber auch verletzender ab. Das wurde auch durch die beiden Referenten Peter Prock und Paul Veraguth bestätigt. So wie die einen den Gehorsam dem Staat gegenüber als Gebot Christi betrachteten, orientierten sich die anderen am Grundsatz, «Gott mehr zu gehorchen als den

Menschen». Beim Schlussgesang mit Tenor Patrick Castelberg («Von guten Mächten wunderbar geborgen…») wurde eifrig mitgesungen und es flossen sogar Tränen.

<u>«Berner Landbote»,</u> www.bernerlandbote.ch

Weitere Infos zum Symposium (Referate, Videos): www.symposium-2024.ch



Die 13. AHV-Rente und die Finanzierung unserer AHV

Das Volks-Ja zur 13. AHV-Rente war deutlich und ist ohne Wenn und Aber zu respektieren. Ich habe als AHV-Rentner zwar Nein gestimmt, werde die 13. AHV-Rente aber trotzdem nicht zurückschicken. Der Entscheid des Volkes ist nicht überraschend und dürfte auch mit der nachvollziehbaren Überlegung zu tun haben: Jetzt sind wir mal dran – nach den Milliarden für Corona, UBS/CS, für die Ukraine, Asylanten usw.

Markus Wäfler, alt Nationalrat EDU ZH

Aus meiner Sicht hat das Ja zur 13. AHV-Rente auch eine positive Nebenwirkung: Regierung und Parlament sind nun gezwungen, innert nützlicher Frist eine langfristige Finanzierung der AHV samt 13. Rente

(diese kostet 4 bis 5 Mia. Franken pro Jahr) auf die Beine zu stellen – und zwar ohne Tabus, weder bei den Einnahmen noch bei den Ausgaben. Zwar ist per 1. Januar 2024 erst gerade die vom Volk am 25. September 2022 angenommene AHV-Revision 2021 in Kraft getreten, die mit zusätzlichen 0,4 Mehrwertsteuer-Prozenten und der Angleichung des Frauen-Rentenalters bei den AHV-Finanzen Verbesserungen bringt, die aber nur kurzfristig helfen.

Finanzierungsproblem

Die AHV hat unabhängig von der 13. AHV-Rente ein grundsätzliches Finanzierungsproblem: Der ursprüngliche Generationenvertrag mit dem Umlageprinzip, wonach die AHV-Beiträge der erwerbstätigen Generation direkt die AHV-Renten der Rentner-Generation bezahlen, funktioniert aufgrund der demographischen Entwicklung nur noch ungenügend. Es ist unabdingbar, dass für die AHV neue Einsparungsmöglichkeiten und Einnahmequellen geprüft und realisiert werden. Die klassische Methode mit der Erhöhung von Arbeit-

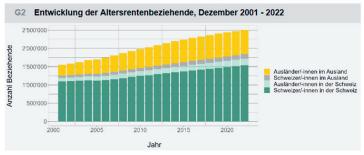
geber- und Arbeitnehmer-Lohnbeiträgen und zusätzlichen MWST-Prozenten ist nicht geeignet, die sich öffnenden Finanzierungslöcher langfristig zu stopfen. Zudem belasten sie insbesondere Haushalte mit tiefen Einkommen übermässig.

Einsparungen realisieren

Bei den realisierbaren Einsparungen muss ein erhöhtes Referenzrentenalter 67 realisiert werden. Die Abschaffung der AHV-Heiratsstrafe darf nicht durch die von linker Seite geforderten zivilstandsunabhängigen 100 %-Einzelrenten erfolgen, sondern durch die Einführung einer zivilstandsunabhängigen 150 %-Paarrente für im gleichen Haushalt lebende Paare. Für die Behörden ist die Feststellung, welche unverheirateten und verheirateten Paare in gleichem Haushalt leben, aufgrund des Registerharmonisierungsgesetzes einfach und problemlos möglich. Gemäss diesem Gesetz muss jeder im Einwohnerregister (EWR) geführten Person der eidgenössische Gebäudeidentifikator (EGID) des von ihr bewohnten Gebäudes und der eidg. Wohnungsidentifikator (EWID) der von ihr bewohnten Wohnung zugewiesen werden. EGID und EWID werden vom eidg. Gebäude- und Wohnungsregister bereitgestellt und identifizieren jedes Gebäude und jede Wohnung in der Schweiz auf eindeutige Art und Weise.



Quelle: BSV, eigene Berechnungen anhand der Jahresrechnungen der AHV (ZAS)



Quelle: BSV, Auswertung des Rentenregisters

Wöchentliche Heroinabgabe an Süchtige – ein katastrophaler Entscheid!

Das nationale Parlament und der Bundesrat sind aufgefordert, gegen den gravierenden Paradigmenwechsel bei der Abgabe des Betäubungsmittels Diacetylmorphin von mehrerer Tagesdosen auf einmal, sowie der damit provozierten Dealerei, Massnahmen zu ergreifen. Dies zum Wohle der süchtigen Menschen, deren Umfeld und der Sicherheit der Bevölkerung.

Sabina Geissbühler-Strupler, Präsidentin «Eltern gegen Drogen»

Wird die fragwürdige Abgabe von bis zu sieben Tagesdosen medizinischen Heroins (Diacetylmorphin) an heroinsüchtige Menschen weitergeführt, bedeutet dies keine gesundheitliche Verbesserung der

Süchtigen, sondern eine zusätzliche Gefährdung ihrer Gesundheit und derjenigen von anderen. Die Folgen des Dealens mit und Konsumierens von verschiedensten gefährlichen Substanzen führen zusätzlich zu Kriminalität. In diesem Fall sind die folgenden Konsequenzen umzusetzen:

- Der Heroinabgabe in dieser Form muss eine therapeutische Wirkung abgesprochen und auf die Übernahme der Kosten von hunderten von Millionen durch die Krankenkassen-Grundversicherung verzichtet werden.
- 2. Mit der nur noch zweimal wöchentlichen Nachfrage bei der Klientel, also der stark reduzierten Betreuung, wird das Leiden der süchtigen Menschen meist lebenslang verlängert und das Ziel einer Heilbehandlung (Therapie) verfehlt. Als Konsequenz müssten dringend beim Bund, aber auch bei den Kantonen Arbeitsplätze bei den Heroinabgabestellen abgebaut und damit die Krankenkassen entlastet werden.

Klammheimliche Einführung

In einem Medienbericht des Bundesamts für Gesundheit (BAG) vom 24. November 2021 war zu lesen, dass der Bundesrat nach dem Vorschlag von sogenannten Fachleuten - einer einseitig zusammengesetzten Expertenkommission, welche eine Drogenverharmlosungs- und -Legalisierungsstrategie verfolgt - beschlossen habe, die 2020 klammheimlich erfolgte Einführung einer wöchentlichen Abgabe von sieben Tagesdosen von medizinischem Heroin bis Ende März 2023 weiterzuführen. Diese Reduktion der täglichen auf eine wöchentliche Konsultation und einen wöchentlichen Bezug des Betäubungsmittels (Diacetylmorphin) sollte das Risiko einer Infektion mit Covid-19 minimieren. Diese Massnahme widerspricht allen Forderungen und allen Bezeugungen, die für eine Heroinabgabe bis anhin gegolten haben.

So steht im Handbuch des BAG zur heroingestützten Behandlung vom September 2000, dass durch die tägliche Abgabe von medizinischem Heroin die ärztlich verordneten Substanzen unter Sichtkontrolle und unter Aufsicht des Pflegeteams injiziert werden müssten. Somit könnten die Klientinnen und Klienten täglich gesehen und ihre Befindlichkeit oder auch Verhaltensauffälligkeiten kontinuierlich beobachtet werden. Schwerpunktmässig handle es sich in der Abgabe um die folgenden Aufgaben und Ziele:

- Training eines adäquaten sozialen und zwischenmenschlichen Verhaltens in der Abgabe
- · sichere, hygienisch einwandfreie Injektionstechnik
- · Gesteigertes Gesundheitsbewusstsein
- · Förderung des Gesundheitsverhaltens
- · Beurteilung des Beikonsums

Vernachlässigung von Drogenabhängigen

Bisher waren sich die meisten Fachleute einig, dass süchtige Menschen nicht fähig seien, die Suchtmittel einzuteilen. Plötzlich soll es – «Dank» der Pandemie – nun aber möglich sein, Wochenrationen abzugeben. Wie viele dieser staatlichen, von unseren Krankenkassen bezahlten Betäubungsmitteln auf dem Schwarzmarkt landen, scheint niemanden mehr zu interessieren.

Dank der SRF-Sendung «Rundschau» vom 24. April 2024 und anderen Medienberichten kamen die betroffenen Drogensüchtigen selbst zu Wort – als Zeugen einer menschenverachtenden Abfertigung mit zum Teil riesigen Mengen von Suchtmitteln. Wegen dieser krassen Vernachlässigung der Drogenabhängigen durch die ehemaligen Promotoren der Betäubungsmittelabgabe müssen ihnen die staatlichen Gelder entzogen werden.





Ruedi Ritschard, Kolumnist

Je älter ich werde, je mehr Erinnerungen an die Schulzeit kommen hoch. Geht's Ihnen auch so? Da sehe ich doch kürzlich beim Spazieren, wie ein Vater mit seinem kleinen Sohn den Gartenzaun neu streicht. Der Papa sitzt auf einer Kiste, der kleine Knirps steht daneben. Eifrig sind die beiden am Streichen. Der Bub hat mehr Farbe ins Gesicht und auf seine zu grosse Schürze gepinselt als auf die Holzlatten. Ein herrliches Bild! Ich bin hin und weg ...

... «Will you stop your foolish song, or i whitewash your silly faces!», höre ich mich empört sagen. Etwa 1957, Schülerkonzert im altersschwachen Sekundarschulhaus. Eltern und Angehörige nehmen Platz im Singsaal, aufgeregtes Plaudern und Kichern. Grosse Anspannung. Der Vorhang öffnet sich quietschend. «Es tönen die Lieder, der Frühling kommt wieder!», singt der grosse Schülerchor. Und mit Begeisterung dann noch «... ziziwill will u spöi si aa ...!», was uns Sängern einen bösen Blick vom dirigierenden Singlehrer einträgt und wir vor Grinsen kaum mehr singen können. Der Applaus ist gross, der Saal tobt, die Leute stehen auf und stampfen und rufen: «Zugabe, Zugabe ...!» Plötzlich rennt der Abwart mit rotem Kopf herein und schreit: «Stopp, ufhöre mit Stampfe, absitze u still sy, so geit das niid, der Bode cha jede Momänt zämechrache!» Schallendes Gelächter. «Hooohopp, hooohopp», schreit die Menge, die Wände zittern, der Boden wackelt. Händeringend verschwindet der gestresste Abwart und knallt die Türe zu. Nächstes Lied, Lage wieder ruhig, Boden noch nicht eingestürzt. Nun steht der Höhepunkt des Abends auf dem Programm. Wir führen «Tom Sawyers Abenteuer» auf – in englischer Sprache. Ich darf den Lausebengel Tom spielen. Die Rolle ist mir wirklich auf den Leib geschnitten ... Tom muss Tante Polly's Gartenzaun neu streichen, als Strafe, weil er sich geprügelt hat mit dem Nachbarsjungen. Einige Mädchen kommen vorbei, hänseln ihn, weil er arbeiten muss und singen Lumpenlieder. Dann eben dieser Spruch von Tom Sawyer: «Will you stop ... usw.» Was übersetzt heisst: «Hört auf mit diesem doofen Lied oder ich streiche eure blöden Gesichter an.» - Vom ganzen Theater ist mir dieser Satz bis heute geblieben. Tom Sawyer, mein Lieblingslausebengel ...

Ich denke gerne an meine Schulzeit zurück und erinnere mich an allerlei gutmütigen Schabernack, den wir mit unseren Lehrkräften getrieben haben. Sie verstanden uns (meistens) und machten (auch meistens ...) gute Miene zu den manchmal deftigen Scherzen. Darum hatten wir grosse Achtung vor unseren Lehrern und ein gutes Verhältnis mit ihnen. Sie gaben uns jungen Menschen einen gefüllten Rucksack voll Wissen und guten Ratschlägen mit auf unsere Lebensreise.

Ganz besonders erinnere ich mich noch an die Lehrerin in der ersten und zweiten Klasse. Sie sang mit uns am Morgen immer ein Sonntagsschullied und betete mit uns. Am Mittwochnachmittag ging ich zu ihr in die Kinderstunde im kleinen Nebensaal der Kirche, wo sie uns biblische Geschichten erzählte und mit uns sang.

Dann das dritte und vierte Jahr. Im Schulzimmer stand ein altes Harmonium. Der Lehrer spielte darauf, sang mit uns Choräle und betete um Gottes Hilfe für den Tag. Das waren segensreiche Jahre, die ich nie vergessen wer-

de. Diese Lehrerin und dieser Lehrer säten in mir – nebst den Eltern – die Liebe zum Singen und Musizieren und für das Lesen der Bibel. Was wäre wohl, wenn das heute noch so wäre?

Erinnerungen. Sie sind wertvoll. Sie sind ein wichtiger Teil unserer Lebensgeschichte.

Folgenden Spruch habe ich gelesen: «Geniesse den Tag, mach etwas Gutes aus ihm. Denn die frohen Momente von heute werden die schönen Erinnerungen von morgen sein.»



Spenden in WIR

Sie können die EDU auch mit WIR unterstützen. WIR-Spenden senden Sie bitte an:

EDU Schweiz Postfach 43 3602 Thun

IBAN: CH87 0839 1122 3053 9000 0

Wir danken Ihnen herzlich für jede Form der Unterstützung.

klipp & klar

Anian Liebrand

EDU in Aktion

EDU CH: Um neue Zielgruppen zu erschliessen, baut die EDU Schweiz ihre Aktivitäten in den sozialen Medien spürbar aus. Weil wir dort sein wollen, wo die Leute sind, ist die EDU neu auch auf der Plattform «TikTok» mit einem eigenen Kanal präsent. TikTok erfreut sich vor allem bei Jüngeren einer grossen Beliebtheit. Auf TikTok veröffentlichen wir regelmässig Kurzvideos zu aktuellen Themen und unsere Exponenten kommentieren das Geschehen aus einer christlichen Perspektive heraus. Schauen Sie vorbei und unterstützen Sie unseren Kanal auf www.tiktok.com/@edu.schweiz

Seit einigen Monaten verfügt die EDU Schweiz zudem über Info-Kanäle auf WhatsApp und Telegram. Damit können wir unsere Mitglieder und Sympathisanten noch schneller über laufende Aktionen informieren. Jetzt kostenlos abonnieren und nichts mehr verpassen!

WhatsApp-Kanal abonnieren: unter «Kanäle» nach «EDU Schweiz» suchen – oder über diesen QR-Code:



Telegram-Kanal beitreten: auf Telegram suchen nach «EDU Schweiz» – oder über diesen QR-Code:



EDU CH: Noch bis am 31. Mai 2024 läuft die Sammelfrist für die Petition «Schluss mit der Polit-Justiz: Schweiz soll EMRK und Europarat verlassen!». Die Petition der EDU Schweiz fordert: Solange der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) sein «Klima-Urteil» gegen die Schweiz nicht widerruft und sich nicht klar zur Gewaltenteilung bekennt, soll die Schweiz ihre Mitgliedschaft in der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) sistieren und aus dem Europarat austreten. <u>Unterschreiben Sie unsere Petition auf www.fuer-gerechtigkeit.ch</u>

ESC: Schweizer vergeben 12 Punkte an Israel

Der Eurovision Songcontest (ESC) sorgte dieses Jahr – gelinde gesagt – für «gemischte Gefühle». Die israelische Sängerin Eden Golan wurde von Teilen des Publikums vor Ort ausgebuht, von Sängern anderer Länder wurde sie gemobbt und vor der Halle demonstrierten linke und islamistische Israelfeinde (unter ihnen Greta Thunberg) lautstark und forderten den Ausschluss Israels vom Wettbewerb. Von den Jurys aus den verschiedenen Ländern erhielt der israelische Beitrag bloss wenige Punkte – von der Schweizer Jury im Übrigen keinen einzigen! Ganz anders verlief das Publikums-Voting. Israel erhielt von den Zuschauern nach Kroatien die zweitmeisten Stimmen. Auch bei den Schweizerinnen und Schweizern war der israelische Song «Hurrycane» sehr beliebt – er landete auf Platz 1! So unterschiedlich können Wahrnehmungen sein. Welch ein schönes Zeichen der Solidarität und Unterstützung aus so vielen europäischen Ländern für Israel!





«The Chosen»: 3. und 4. Staffel auf Deutsch

Zu Ostern 2024 wurden die ersten beiden Folgen der brandneuen vierten Staffel der christlichen Erfolgsserie «The Chosen» – die erste Serien-Verfilmung über das Wirken von Jesus – erstmals auf Deutsch in rund 40 Kinos aus dem deutschsprachigen Raum gezeigt. Die dritte Staffel ist seit 2023 auf Deutsch verfügbar, die komplette vierte Staffel wird voraussichtlich ab August 2024 auf Deutsch zu sehen sein. 900 Millionen Mal wurden die Folgen von «The Chosen» (deutsch: «Die Auserwählten») in der gleichnamigen App weltweit bereits angeschaut. Die Serie läuft auch auf Netflix, Amazon Prime und auf diversen TV-Sendern. Sieben Staffeln der Serie, die als erfolgreichstes Crowdfunding-Projekt der Welt gilt, sind geplant. Die fünfte Staffel wird gerade gedreht.

Weitere Infos: www.the-chosen.net

Ja zu Strom aus der Schweiz

Windenergie kann mithelfen, das Importsaldo der Schweiz im Winter zu reduzieren.

David Gautschi, Energieexperte und Elektroingenieur ETH



Die Energiestrategie 2050 sieht in der Windenergie grosses Potenzial. Ein wesentlicher Vorteil der Windkraft ist, dass sie zwei Drittel im Winterhalbjahr produziert, wenn der Bedarf am höchsten ist. Im Gegensatz zur Photovoltaik, die

überwiegend im Sommer Strom liefert und von der wir bis 2050 etwa 35 GWp installiert haben sollen, belasten Windkraftwerke die Stromnetze kaum.

Eine moderne Windkraftanlage mit 5 MW kann im Mittelland an einem typischen Standort ca. 8 GWh Strom pro Jahr erzeugen, genug für rund 1'800 Haushalte. Um 4'000 GWh Strom mit Windenergie zu produzieren, wären etwa 500 Anlagen nötig. In der Regel werden Windparks mit nur wenigen Anlagen geplant, da oftmals aufgrund des Schutzes von Biotopen, Landschaftsschutzzonen oder des Denkmalschutzes nicht mehr möglich sind. Da Windräder vorwiegend im Winter produzieren, helfen sie, die Entleerung der Speicherseen zu reduzieren und Energieengpässe zu vermeiden. Das Argument «Flatterstrom» sticht nicht, da die Energie zu Zeiten hoher Nachfrage erzeugt wird.

Die zukünftige Herausforderung liegt in der Integration der Photovoltaik, die im Sommer grosse Leistungsspitzen erzeugt (über Mittag ca. 30 GW, d.h. 30-mal die Leistung des Kernkraftwerks Gösgen). Aufgrund der Photovoltaik, des zunehmenden Einsatzes von Wärmepumpen, aber auch aufgrund der Elektromobilität müssen die Netze stark ausgebaut werden.

Argumente und Gegenargumente

Nur für ein Argument gegen Windkraft gibt es kein überzeugendes Gegenargument: Das Erscheinungsbild. Für



manche sind Windräder Zeichen des Fortschritts, ähnlich wie Hochspannungsleitungen vor einigen Jahrzehnten. Andere stören die hohen Strukturen und die drehenden Rotorblätter. In diesem Punkt kann man unterschiedlicher Meinung sein.

Alle anderen Argumente wie Lärm, Infraschall oder die Beeinträchtigung des Grundwassers sind übertrieben oder unbegründet. Wenn Sie Zweifel haben, besuchen Sie den Windpark Juvent bei Saint-Imier und überzeugen Sie sich selbst. Ich war schon oft dort und konnte mich ohne Probleme in normaler Lautstärke unterhalten, obwohl die Anlagen mit voller Leistung liefen. Ab 500 Metern Entfernung sind moderne Windräder kaum noch hörbar, weil die Umgebungsgeräusche überwiegen.

Sollen wir in der Nordsee produzieren?

Oft wird genannt, dass die Windenergie nur wenig Volllaststunden aufweist. Tatsächlich finden wir in der Schweiz nicht dieselben Windverhältnisse wie in der Nordsee. Aber wussten Sie, dass der Strom, der in der Nordsee erzeugt wird, doppelt so teuer ist wie derjenige von Windkraftanlagen an Land? Wie kann es sein, dass bereits 20 europäische Länder mehr als 10 % des Stroms aus Windenergie gewinnen, während die Schweiz zu den Schlusslichtern gehört? Deutschland erzeugt 25 % seines Stroms aus Windkraft und in Österreich, das der Schweiz in der Topografie ähnlich ist, erreicht die Windenergie bis 15 %. Zwar sind die Windkraftwerke in der Schweiz nur zu 20 % ausgelastet, aber das ist immer noch doppelt so viel wie bei der Solarenergie. Daher ist dieser Wert nicht besonders aussagekräftig.

Alle Energieerzeugungsformen haben Nachteile. Windenergie hingegen bietet den Vorteil, dass die Anlagen nach 25 Jahren Betrieb einfach zurückgebaut werden können.

Die Diskussion über Energie wird oft unsachlich geführt und man spielt verschiedene Energiequellen gegeneinander aus. Dabei wird oft nicht auf das vorhandene Potenzial und die Kosten geschaut.

In der Schweiz ist das Potenzial der Wasserkraft bereits weitgehend ausgeschöpft. Neue Kernkraftwerke weisen Strom-Gestehungskosten auf, die weit höher liegen als diejenige von Windkraftwerken. Und anders als bei Windkraft kommt die Primärenergie in Form von Brennstäben aus dem Ausland. Damit die Schweiz eine sichere Energiezukunft hat, müssen alle umweltfreundlichen Energiequellen ausgebaut werden. Windenergie ist eine davon und kann einen wichtigen Beitrag leisten.

Zuschriften

«Nein zum demokratie-übergriffigen Stromgesetz»

Leserbrief zum Stromgesetz, eidg. Abstimmung vom 9. Juni 2024.

Da ich seit vielen Jahren im Gesundheits- und Sozialbereich tätig und mit zahlreichen erkrankten Menschen vernetzt bin, muss ich mit ansehen, wie immer mehr Betroffene durch unaufhörliche Wechselstrom-Pulse und Vibrationen von Wärmepumpen und Solaranlagen langfristig erkranken. Und das nicht nur Senioren oder vorgeschwächte Personen. Für schwer Betroffene lassen sich inzwischen kaum mehr Wohnmöglichkeiten finden. Leider werden es davon immer mehr, wie es auch die rasant ansteigenden Symptome der Gesundheitsstatistiken (schon vor Corona) zeigen.

Auch viele obligatorische Smartmeter in jedem Haus werden nicht nur bald durch BLE (Bluetooth Low Energy) zu Zwangs-Kontrollinstrumenten (senden an Zentralen, was wir wann wo genau wie machen), sondern stören durch Dauerfunk oder Kabelimpulse im ganzen Haus unsere natürliche von Gott geschenkte und fein säuberlich kalibrierte Bioelektrizität im ganzen Körper, wie z. B. besonders in Nerven, Zellen und Gehirn.

Zahlreiche chronische Krankheiten und Beschwerden werden als kollektiv wirksame Folgeerscheinungen messbar, selbst wenn es «nur» Schlafbeschwerden, Kopfweh, Nervosität, Gelenkschmerzen, Konzentrationsprobleme, innere Unruhe, Erschöpfung, chronische Müdigkeit, Zittern oder Entgiftungs- und Immunsystemstörungen sind. Auch hierzu reden die Statistiken eine deutliche Sprache.

Mit dem einseitigen neuen Stromgesetz hätten die Hausbesitzer nicht einmal mehr eine Wahl, was sie in ihren eigenen Häusern installieren dürften. Für Menschen mit Techniksensitivitäten eine Existenzkatastrophe. Nebst den bereits heute emittierenden Gesundheitsschäden würde ein «Ja» einem digitalen Kontrollsystem à la China Tür und Tor öffnen. Dies abzustreiten, ist blauäugig.

Darum, um der Menschlichkeit, Gesundheit und Freiheit Willen zum neuen demokratie-übergriffigen Stromgesetz ein klares deutliches «Nein».

Sabine Bryner, Necker SG

«Ja zu Freiheit und körperlicher Unversehrtheit»

Leserbrief zur eidg. Abstimmung vom 9. Juni 2024.

Es wird zwar heute schon lauthals verkündet, es bestehe in der Schweiz kein Impfzwang. Sehr wohl aber ein Impf-Obligatorium! Es gibt also faktisch keinen Unterschied zwischen Zwang, Obligatorium und Impfpflicht; es sei denn, ich würde die soziale und gesellschaftliche Ausgrenzung akzeptieren...

Der Bundesrat schuf damals eine Atmosphäre der Angst und wer vor der 3-G-Regel «geimpft, genesen, getestet» nicht parierte, wurde sogar von Innenräumen von öffentlichen Restaurants ausgeschlossen. So einfach war damals die Welt unserer Bundesbehörden. Dies widerspricht unseren Grundrechten und den schweizerischen Gepflogenheit vom Vertrauen des Staates in seine Bürger.

Damals in der Corona-Zeit verbreitete der Bundesrat die Auffassung, alle, die die 3-G-Regel nicht befolgen, seien «unsolidarische Menschen» und gehörten isoliert. Bis dann – einige Zeit später – die Wahrheit an den Tag kam, die besagte, dass auch geimpfte Menschen ansteckend sein können. Dazu kamen leider auch starke Nebenwir-



kungen der damals eiligst zugelassenen Impfpräparate, wofür die jeweiligen Pharmafirmen nicht haften wollten. Grundrechte dürfen in Zukunft nicht einfach durch sogenanntes Notrecht ausgehebelt werden! Übrigens: Atem- und Blut-Alkohol-Tests im Strassenverkehr sind richtig und wichtig und sind durch die Initiative nicht betroffen! Deshalb am 9. Juni 2024 JA zur Volksinitiative «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit».

Marcus Stoercklé, Basel

Gott um Vergebung bitten

Werden wir demütig und bekennen unsere Schuld dem lebendigen Gott. Bitten wir ihn um Vergebung, so wird er auch uns gnädig sein wie den Israeliten dannzumal.

Agnes Keller, Hettlingen ZH

Angebote und Termine

Marktplatz

VERKAUFEN

Direkt vom Bauer! Frisches Rindund Kalbfleisch aus Graubünden;

10-kg Mischpakete; vakuumiert, portioniert, angeschrieben; Persönliche Hauslieferung in den Regionen Chur, St. Gallen, Winterthur, Zürich, Aarau, Basel. Kalbfleisch CHF 35.30/kg; Rindfleisch CHF 29.30/kg inklusiv Hauslieferung. Nächste Lieferung: 7.–15. Juni 2024; Kontakt:

J. & C. Roffler-Jossen, Plattaweg 20, 7232 Furna; 076 540 98 61, roffler.cornelia@bluewin.ch

Bertschinger Teigknetmaschine,

CHF 750.-, Fassungsvermögen 8 kg Teig (5 kg Mehl), einfache Bedienung, Kessel abnehmbar, äusserst robust, mit Rollwagen aus Chromstahl. Abzuholen in Riken AG. K: 032 636 06 70, kauz@ggs.ch

Medjool-Datteln aus Israel, 5 kg CHF 80.-, plus Porto und Verpackung. Bestellen bei Peter Bonsack, Kallnach. Tel. 079 607 12 07

Veloanhänger Chariot Cougar 2, wenig gebraucht, VP CHF 500.-. K· 079 577 48 37

VERMIETEN

3 ½-Zi.-Parterrewohnung in Münchenbuchsee BE, ab 1. August 2024, an NR. MZ CHF 1500.-, inkl. Garage, ohne NK. K: 033 221 14 16

Ferienwohnung in Alphüttli in Teuffenthal b. Thun, geeignet auch für größere Familien. Infos unter weichel.ch; 033 442 19 17, 079 723 03 20

2-Zi.-Ferienwohnung am Thunersee. Ideal bis 2 Personen. Wandern, Baden, Velotouren, ÖV 5 Min., PP, gedeckter Sitzplatz, W-LAN, TV. K: 078 666 36 51

Ferien im Prättigau: 2 ½-Zi.-Dachwohnung für 2-4 Pers., NR, ruhige Lage, schönes Wandergebiet, gedeckter Sitzplatz, separater Hauseingang, PP. K: A. u. D. Zingg, fiora7231@hotmail.com, 081 332 33 61

SUCHEN

Suche kleine Wohnung im Raum Emmental, 2 Zimmer, ohne viel Komfort. Kann abgelegen sein, bin mobil. K: mannwalter@gmail.com, 079 318 98 08

SUCHEN IMMOBILEN

Zu kaufen gesucht: **Rustico/ Maiensäss oder ähnliches.**K: 079 577 48 37

VERSCHENKEN

Gitarre, 12-saitig, mit feinem Klang, an Grossfamilie zu verschenken. Chiffre 240627

Die EDU lädt ein

Würenlos: jeden ersten Montag im Monat, 19.30–20.30 Uhr: Gebet bei M. Suter, Lättenstrasse 8. K: 079 825 44 05

Heiden: jeden ersten Dienstag im Monat, 14.30 Uhr, Pfingstgemeinde, Asylstrasse 26: EDU-Gebet. K: 077 520 48 73

Männedorf: jeweils mittwochs in den geraden Kalenderwochen von 9.30 – 10 Uhr, Luegislandstrasse 27: EDU-Gebet. K: 044 920 45 43

Biel: jeden ersten Donnerstag im Monat, 19 Uhr, Fam. Wüthrich, Weidstrasse 15: EDU-Gebet. K: 032 365 42 53

Dietikon: jeweils am ersten Samstag im Monat 9–11 Uhr: Gebetsfrühstück im «Mis Kaffi», Bremgartnerstrasse 3. K: Nikolaus Johannes Stadler, 044 500 41 91

Dietikon: jeden 2. Donnerstag, 19 Uhr, Silbern Church, Riedstrasse 3: Gebet für Israel und die Nationen. K: https://israel-gebetstreffen.ch

10./24.6. Bülach: 20–21 Uhr, Gebetshaus Bülach, Winterthurerstrasse 23: Fürbitte-Gebet. Organisator: EDU Zürcher Unterland. K: 044 856 01 93

16.6. Herisau: 17 Uhr, Pfingstgemeinde, Rosenaustrasse 1: EDU-Gebet. K: 071 351 67 39

8.8. Schaffhausen: 20 Uhr, Rest. Gemeindehaus in Neunkirch: Mitgliederversammlung

Christliche Anlässe

ICEJ Schweiz

2.-8.6. Ferienwoche mit Fokus Israel, im Hotel Sunnehüsi, Krattigen, mit Hansjörg Bischof. Anmeldung: info@sunnehuesi.ch, 033 650 78 78

Seminar für biblische Theologie Beatenberg

2.-6.6. Ferienwoche für Pensionierte, Pauschalpreise ab CHF 500.-13.7.-3.8. Familienfreizeiten mit Kinderbetreuung und separatem Teenie-Programm

4.–9.8. Seminarwoche Theologie K: www.gaestehaus.ch, 033 841 80 00

Konferenz Culture Shift

7.-8.6. Glaube, Gender, Sexualität. Eine inspirierende Konferenz für Teenie- und Jugendleiter, Leiter und Interessierte.

K: https://www.istl.net/cultureshift/

Protestantischer Verein Kirche und Glaube

Tagungsstätte Rämismühle, 8487 Rämismühle

7.6. 20 Uhr: «Wer bedroht die Schweiz? Wer regiert die Schweiz?» mit Dr. Ulrich Schlüer, Flaach8.6. 10 Uhr: «Querschnitt durch die polizeiliche Strafverfügung» mit

Markus Melzel, Möhlin 8.6. 14 Uhr: «Auswirkung der WHO-Verträge auf die Schweiz» mit Andrea Staubli, Remetschwil

9.6. 10 Uhr: Gottesdienst und Abendmahl «Hoffnung und Freude trotz der kritischen Weltlage» mit Dr. Roland Kleger, Kreuzlingen. Anmeldung: info@pvkg.ch, 071 640 01 30

«Trampolin und mehr»-Seminarwoche

26.-30.8. Hotel Paladina, Pura: Gesundheitsorientiertes Trampolintraining kennenlernen – wohltuende Entspannung erleben – köstliches Essen geniessen – wertvolle Impulse für das Leben mitnehmen! K: www.swingwalking.com, 071 223 20 23

Kontaktperson

Nicole Salzmann marktplatz@edu-schweiz.ch

Marktplatz-Tarife

Verschenken gratis Verkaufen/Suchen Fr. 20 Verkaufen/Suchen von Immobilien Fr. 80 Vermieten Fr. 50 Offene Stellen Fr. 50 Stellensuche Fr. 50 **Partnersuche** Fr. 50 Verschiedenes Fr. 50

Marktplatz-Inserate senden an:

EDU-Standpunkt Redaktion «Marktplatz» Postfach 43, 3602 Thun oder per E-Mail: marktplatz@edu-schweiz.ch

«EDU-Standpunkt»
Die Doppelnummer
07-08/2024 wird am
1. Juli 2024 versendet.

Redaktionsschluss: 7. Juni 2024 Druck: 26. Juni 2024



Melden Sie uns Ihre E-Mail-Adresse

Damit wir Sie auch in Zukunft rasch über politische Aktionen informieren können, bitten wir Sie, uns Ihre E-Mail-Adresse mitzuteilen: newsletter@edu-schweiz.ch



Scannen Sie diesen QR-Code und Sie kommen direkt in Ihr Mail-Programm.

Die EDU verfügt neu über ein Spendenkonto, welches mit Silber abgesichert ist. Inhaber eines Silbergranulat Kontos können Spenden direkt an die Vertragsnummer der EDU (CH6947888) überweisen.

Stimmt Ihre
Adresse noch?
Bitte helfen Sie Kosten
sparen und teilen Sie uns
Adressmutationen und Ihre
E-Mail-Adresse mit:
Telefon 033 222 36 37
mutationen@edu-schweiz.ch



Eidgenössisch-Demokratische Union Union Démocratique Fédérale Unione Democratica Federale

Impressum

Herausgeber / Redaktion

EDU-Standpunkt Postfach 43 3602 Thun

Administration und Adressmutationen

033 222 36 37 | mutationen@edu-schweiz.ch

Inserate und Beilagen

(ohne Marktplatz)
031 818 01 46 | inserate@edu-schweiz.ch

Marktplatz (Seite 18)

033 222 37 06 | marktplatz@edu-schweiz.ch

Redaktion

redaktion@edu-schweiz.ch

Thomas Lamprecht (Präsident der Redaktion), Anian Liebrand (Redaktionsleitung), Nationalrat Andreas Gafner, Karin Hirschi, Lisa Leisi

regelmässige Autorinnen und Autoren: Beat Reuteler, Ruedi Ritschard, Eveline Rytz, Markus Wäfler

Die Schreibenden geben ihre persönliche Ansicht wieder.

Layout

Harold Salzmann

Druck und Spedition

Jordi AG, Belp

Fotos

Titelseite: Shutterstock
3: Karikatur Willu
4, 13, 14, 16: Adobe Stock
10-11: www.symposium-2024.ch
Kopfbilder. 6. 7. 19: zvg

43. Jahrgang; erscheint monatlich 11 Ausgaben (Doppelnummer 7/8) Auflage: 19 800 Exemplare

Postcheck 30-23430-4

IBAN CH35 0900 0000 3002 3430 4 www.edu-schweiz.ch

Jahresabonnement

nur Fr. 30.–/25€ für 11 Ausgaben (inkl. 2,6% MwSt.)

Geschenkabos und Probenummern – auch zum Verteilen!

info@edu-schweiz.ch 033 222 36 37

TESTAMENT/LEGATE

Möchten Sie über Ihr irdisches Leben hinaus Gutes tun? Dann berücksichtigen Sie die EDU in Ihrem Testament oder mit einem Legat. Jede Gabe stärkt das Werte-orientierte Engagement der EDU. Weitere Auskünfte sind bei der Redaktion erhältlich.

ESC auf Abwegen

Der Eurovision Songcontest (ESC) wurde in den 1950er-Jahren ins Leben gerufen, um die europäischen Staaten nach den Schrecken des Zweiten Weltkriegs einander wieder näher zu bringen. Kulturelle Vielfalt und die Musik standen lange Zeit im Vordergrund. Deutsche Sänger sangen auf Deutsch, Griechinnen auf Griechisch und Dänen auf Dänisch. Doch was einst ein ehrwürdiger musikalischer Wettstreit europäischer Nationen war, ist in den letzten Jahren zunehmend zu einem dekadent-frivolen Spektakel verkommen.

Heuer im schwedischen Malmö wurden die Provokationen erneut auf die Spitze getrieben. Ein Auftritt war schriller und obszöner als der andere. «Unser» Nemo – der spätere ESC-Sieger – reihte sich nahtlos ein. Er punktete bei der LGBT-Lobby mit seinem «Outing» als «non-binäre» Person. Das (einst?) christliche Irland liess sich derweil von einer Sängerin vertreten, die in einer düster-verstörenden Show satanistischen Symbolen huldigte und Nemo nach dessen Sieg – eine Verhöhnung von Jesus Christus! – eine Dornenkrone aufsetzte. Und vor der Halle demonstrierte Greta Thunberg zusammen mit übelsten Antisemiten gegen Israel...



Bereits diskutiert die hiesige Öffentlichkeit hitzig, welche Stadt denn die beste Gastgeberin des nächstjährigen ESC in der Schweiz sein möge. Ich frage mich: Wollen wir einen solch verpolitisierten, sexualisierten und Okkultismus verherrlichenden ESC in der Schweiz? Ich finde: Nein!

Da lobe ich mir die klare, unmissverständliche Stellungnahme unserer EDU:

«Die EDU Schweiz verurteilt auf das Schärfste den offen zur Schau gestellten Satanismus und alle okkulten Praktiken, die während des Eurovision Song Contests öffentlich praktiziert wurden.

Ebenso zu verurteilen ist der massive Judenhass, mit dem die Repräsentantin Israels, Eden Golan, permanent konfrontiert wurde, bis hin zur Gefährdung ihrer Sicherheit.

Die EDU Schweiz spricht sich zudem klar gegen die Einführung eines dritten Geschlechts aus, was eine völlige Abkehr von der biologischen Realität bedeuten würde.»

Anian Liebrand, Redaktionsleiter «Standpunkt»

Fachhändler für Naturbettwaren

Massivholzbetten in über 60 Designs fanello-Lattenrost und Naturlatexmatratze Schurwollduvets, Kissen und Bettauflagen

Kommen Sie vorbei und lassen Sie sich beraten!



Spycher-Handwerk Schaukarderei



www.kamele.ch

- Naturfaserkleider
- Jurtenübernachtung
- Betriebsführungen 062 962 11 52



Die richtige Wortwahl

T 032 342 77 77 | info@scribe.ch | www.scribe.ch





Kostenlose Schätzung



Sind Sie fair versichert? www.TransparentBroker.ch













Mehrwert für Ihr Vermögen.

- Investition in 100 % physisches Silber
- Sehr attraktive Konditionen, da die Mehrwertsteuer entfällt
- Versicherte Verwahrung im Schweizer Zollfreilager
- Hohe Liquidität durch die Möglichkeit von täglichen Ein- und Auszahlungen
- Einkauf mit dem S-Deposito bei bereits über 60 Partnerunternehmen
- Investition kann durch physische Silbermedaillen ausgeliefert werden
- Automatische regelmäßige Entnahmen kostenfrei möglich
- Frequenz und Höhe der Einzahlungen kann flexibel festgelegt werden





062 892 48 48

